

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2017



Recht: Elternunterhalt

Flüsterwitze aus Nord-Korea

Mythos Oktoberrevolution II

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Starke Demokratien
Schlüsselübergabe
Neue Plakatausstellung
Preis erhielt Namen
Auswahlkriterien veröffentlicht

Recht

- 4 Kinder haften für ihre Eltern

International

- 5 Politische Flüsterwitze in Nord-Korea

Thema

- 6 Mythos Oktoberrevolution, Teil II

Berichte

- 10 Flashbacks bis heute
Kunst als Aufarbeitung der SED-Diktatur
- 11 „Da war jedes Mittel recht“
- 12 Arbeitstreffen
Erinnerung an die „Werwolftragödie“

Verbände

- 14 UOKG-Tagung
Die zweite Generation übernimmt
- 15 Leserbrief
- 16 Suchanzeige
Stiftungsverein gegründet
- 17 Abschied

Service/Bücher

- 18 Politische Karikaturen
- 19 Der Elefant auf dem Trampolin

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Am 13. August 2017 erinnerten vor dem Brandenburger Tor der Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und die UOKG an den Mauerbau vor 56 Jahren. Gut besucht war auch der Gefangenen-Transporter, den die Gedenkstätte auf dem Pariser Platz ausgestellt hatte.

Foto: N. Radlitz

Editorial

Haben ehemalige politische Häftlinge der SED-Diktatur eine besondere Verantwortung für Demokratie?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Es ist schwierig zu beantworten, ob ehemalige politische Häftlinge der SED-Diktatur eine besondere Verantwortung für Demokratie haben. Zweifelsfrei ist aus meiner Sicht, daß Menschen, die Opfer von politischem Unrecht geworden sind, in besonderer Weise dazu berufen sind, für Demokratie zu werben und die Demokratie zu verteidigen. Schön wäre es, wenn viel mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger es als ihre Aufgabe ansehen würden, aktiv für die Demokratie und für die Freiheit jedes Menschen einzutreten, der sich an die Regeln des Rechtsstaates hält.

Leider – und das ist keine Klage, sondern eine Feststellung – haben sich viele Menschen, die nie etwas anderes kannten als die Demokratie, daran gewöhnt, daß die Gewährung der Grundrechte etwas Selbstverständliches ist. Die ehemaligen Opfer von politischer Gewalt aber wissen genau, daß dies alles andere als selbstverständlich ist. Und die ehemaligen Opfer der SED-Diktatur wissen aus eigener Erfahrung, wie wichtig es ist, seine Meinung frei äußern zu dürfen, seinen Wohnort frei bestimmen und sich so entwickeln zu können, wie es den persönlichen Ansprüchen und Möglichkeiten angemessen ist. Deshalb meine ich schon, sehen sich viele der Mitbürgerinnen und Mitbürger, die selbst Opfer von politischer Gewalt der SED-Diktatur geworden sind, in der Aufgabe, auch immer wieder darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, um die Demokratie zu ringen.

Auch wenn viele aus den Gruppen der SED-Opfer mit Entscheidungen von Staat und Verwaltung unzufrieden sind, so habe ich doch den Eindruck, daß alle zu schätzen wissen, daß wir in der Demokratie nicht jede Entscheidung einfach hinnehmen müssen und uns wehren und sogar klagen können. Sicherlich würden wir das Klagen gegen ungerechte Entscheidungen lieber vermeiden und statt dessen eine Entscheidung in unserem Sinne bekommen, aber vollständig Recht bekommt man mühelos nur selten.

Mein persönlicher Eindruck ist auch, daß trotz des Frustes und der zahlreichen Provokationen von unverbesserlichen Anhängern der SED-Diktatur die Bereitschaft derjenigen, die Widerstand gegen die SED-Diktatur geleistet haben, für die Demokratie zu streiten, größer ist, als die Enttäuschung. Ich selbst bin dankbar für jeden Tag, den ich erleben darf, an dem ich keine Sorge haben muß, etwas „Falsches“ zu sagen oder etwas „Falsches“ zu tun, und ich bin dankbar für jeden Tag, an dem ich weiß, mich kann niemand einfach von der Straße wegfangen und irgendwo verschließen.

Und darum finde ich, haben wir keine besondere Verantwortung für Demokratie-tiebildung, aber wir sind in besonderer Weise dazu berufen, und das ist auch eine Art Verpflichtung, denn wer soll es tun, wenn nicht wir.

Mit besten Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Starke Demokratien

(uokg) Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, hat zum Europäischen Tag des Gedenkens an Stalinismus und Nationalsozialismus am 23. August erklärt: „Die beiden Diktatoren Hitler und Stalin sind verantwortlich für die größten Verbrechen, die die neue Welt gesehen hat. Die Demokratie darf Diktatoren nicht vertrauen, dies sieht man daran, daß zwei ideologisch entgegengesetzte Diktatoren sich einig geworden sind über die Einteilung Europas. Wir nehmen mit

Sorge zur Kenntnis, daß in Rußland in weiten Teilen der dortigen Gesellschaft Stalin weiterhin verehrt wird. Das erklärt sich wohl aus einer anderen Sichtweise durch das im II. Weltkrieg erfahrene Leid. Es bleibt festzustellen, daß der Ruf nach einem ‚starken Mann‘ nicht die Antwort ist auf die Herausforderungen der Gegenwart. Was wir brauchen, sind starke Demokratien. Denn nur Demokratien sichern die Menschenwürde und verhindern neue Opfer.“ 

Schlüsselübergabe

(stbm) Künftig ist die Stiftung Berliner Mauer für die Gedenkstätte Günter Litfin im Wachturm der ehemaligen Führungsstelle Kieler Eck verantwortlich. 56 Jahre nach dem tragischen Tod von Günter Litfin übergab sein Bruder Jürgen Litfin dem Direktor der Stiftung, Prof.Dr. Axel Klausmeier, den Schlüssel zum Gedenkort im Wachturm. Günter Litfin wurde am 24. August 1961 wenige hundert Meter entfernt vom Standort des Wachturms bei seiner Flucht durch den Humboldthafen erschossen.

Anläßlich der Schlüsselübergabe sagte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen

Beirats der Stiftung, Prof.Dr. Klaus-Dietmar Henke: „Wir danken Jürgen Litfin herzlich für sein jahrzehntelanges, unermüdliches Engagement. Wir danken ihm für seine unverwandte Entschlossenheit, die Erinnerung an seinen Bruder Günter und die anderen 139 Todesopfer an der Berliner Mauer zu bewahren.“

Prof. Dr. Klausmeier betonte: „Wir wollen diesen besonderen Gedenkort erklären und möglichst vielen Menschen zugänglich machen. Deshalb bieten wir ab dem 26. August bis zum 28. Oktober samstags um 15.00 Uhr regelmäßig Führungen hier an.“ 

Neue Plakatausstellung

(ba) Die Ausstellung „Voll der Osten. Leben in der DDR“ kann ab sofort für die Bildungsarbeit 2018 vorbestellt werden. Die Schau wird derzeit von der OSTKREUZ Agentur der Fotografen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erarbeitet und im kommenden Jahr in über 1000 Poster-Sets zur Verfügung stehen. „Voll der Osten“ wird mehr als 100 bekannte und unbekannte Bilder des Ost-Berliner Fotografen Harald Hauswald sowie Texte des Historikers Stefan Wolle präsentieren, die eine ungeschminkte DDR-Realität zeigen, an die sich heute selbst Zeitzeugen kaum noch erinnern.

In den achtziger Jahren zog Harald Hauswald durch Ost-Berlin und fotografierte, was ihm vor die Linse kam. Er knipste, was andere Fotografen übersahen oder für uninteressant hielten: Kleine Szenen des Alltags, einsame und alte Menschen, verliebte junge Pärchen, Rocker, Hooligans und junge Leute, die sich in der Kirche für Frieden und Umweltschutz einsetzten.

Die Ausstellungstafeln verlinken mit QR-Codes zu kurzen Videointerviews im Internet, in denen der Fotograf darüber berichtet, wie und in welchem Kontext das jeweils zentrale Foto der Tafel entstanden ist.

Die Ausstellung ist das ideale Medium, um in Schulen und an öffentlichen Orten – etwa in den Foyers von Rathäusern, in Volkshochschulen, Stadtbibliotheken oder Kirchen – dazu einzuladen, den Alltag in der DDR der achtziger Jahre kennenzulernen.

Bis zum 15. November 2017 kann die 20 DIN-A1-Plakate umfassende Ausstellung zum vergünstigten Preis von 25 Euro bestellt werden, danach beträgt die Schutzgebühr 30 Euro. Bestellungen bis zu 10 Exemplare erfolgen ausschließlich über das Onlineformular: <https://goo.gl/forms/G4nvTkW4OVaccgMf1>.

Geliefert wird ab dem 15. Februar 2018. 

Preis erhielt Namen

(ba) Am 15. Juni 2017 wurde Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke mit dem ersten Aufarbeitungspreis der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Wie kein zweiter hat sich der Journalist und Publizist der Opposition und dem Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in SBZ und DDR gewidmet. Der Preis soll fortan Karl-Wilhelm-Fricke-Preis heißen. 

Auswahlkriterien für Brandenburg

(LASV) Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR haben einen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung. Oft sind dabei zum medizinischen Gesundheitschäden Gutachten erforderlich. Diese werden in Brandenburg durch das für das entsprechende Verwaltungsverfahren zuständige Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) in Cottbus in Auftrag gegeben. Vor allem im Zusammenhang mit psychischen Verfolgungsschäden wurde von Betroffenen immer wieder vorgebracht, daß beauftragte Gutachterinnen oder Gutachter nicht ausreichend über die psychischen Wirkungen oder Folgen von politischer Haft oder politischen Verfolgungsmaßnahmen informiert wären.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) und das LASV haben deshalb Auswahlkriterien für die Beauftragung von Gutachterinnen und Gutachtern in Anerkennungsverfahren von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden entwickelt. Sie sind jetzt auf den Internetseiten des LASV, des Sozialministeriums und der LAKD Brandenburg veröffentlicht:

www.lasv.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.527600.de,
www.aufarbeitung.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.529553.de,
www.masgf.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.530912.de 

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 30. September sowie am 7., 14., 21. und 28. Oktober, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Kinder haften für ihre Eltern

Voraussetzungen für den Elternunterhalt

Nicht wenige der ehemals politisch Verfolgten sind schon sehr alt und brauchen Pflege. Oft reichen ihre schmale Rente und die Pflegeversicherung nicht aus, um die Pflege- bzw. Heimkosten zu bezahlen, so daß sie auf die Hilfe ihrer Kinder angewiesen sind. Deshalb sollten Betroffene wissen, unter welchen Voraussetzungen die Kinder gesetzlich verpflichtet sind, für den Unterhalt der Eltern zu sorgen –

der monatlichen Kosten, übernimmt wiederum der Sozialhilfeträger zunächst, und die Kinder müssen dann im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit gegebenenfalls dafür aufkommen.

Achtung: Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen und dem Bundesversorgungsgesetz zählen nicht als Einkünfte, sofern sie keine Lohnersatzfunktion haben.

Das heißt, sie bleiben auf jeden Fall unberücksichtigt. Gleiches gilt auch bei dem Anspruch auf Grundversicherung.

Ob Kinder tatsächlich Elternunterhalt zahlen müssen, hängt von ihrem Einkommen

und Vermögen ab. Das Sozialamt prüft zunächst die Einkommensverhältnisse der Kinder. Für mögliche Unterhaltspflichten ist das sogenannte bereinigte Nettoeinkommen maßgeblich. Dieses wird ermittelt aus allen erzielten Einkünften. Bei Arbeitnehmern wird der Durchschnitt von zwölf zusammenhängenden Monaten vor Eintritt des Unterhaltsbedarfs gebildet. Bei Selbständigen werden die durchschnittlichen Einkünfte der zurückliegenden drei bis fünf Jahre herangezogen. Von diesem Nettoeinkommen werden grundsätzlich abgezogen berufsbedingte Aufwendungen (z.B. Fahrtkosten), Kosten der allgemeinen Krankenvorsorge und krankheitsbedingte Aufwendungen, private Altersvorsorgekosten bis zu fünf Prozent des Bruttoeinkommens plus Zinsen, Darlehensverbindlichkeiten, insbesondere Zins- und Tilgungszahlungen einer Baufinanzierung, Aufwendungen für regelmäßige Besuche des Elternteils sowie Unterhaltspflichten, die die Kinder gegenüber ihren Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnern und eigenen Kindern haben (Vorrang vor Elternunterhalt).

Vom so bereinigten Nettoeinkommen können die Kinder nach Maßgabe der sogenannten Düsseldorfer Tabelle ihren Selbstbehalt in Höhe von 1800 Euro, zusammenlebende Ehegatten von 3240 Euro abziehen. Nicht abgezogen werden können für die Bereinigung des Nettoeinkommens u.a. Miete und Mietnebenkosten, weil diese bereits als Wohnkostenanteil pauschal (480 Euro, Ehegatte 380 Euro) Bestandteil des Selbstbehalts sind. Liegt die Warmmiete der Kinder höher, müssen der tatsächliche Mehraufwand nachgewiesen und der Selbstbehalt gegebenenfalls angepaßt werden, weil es dem unterhaltspflichtigen Kind nicht zuzumuten ist, wegen der Zahlung seine angestammte Wohnung aufgeben zu müssen. Das unterhaltspflichtige Kind und seine Familie können außerdem rund 50 Prozent des über den Selbstbehalt hinausgehenden Einkommens für sich behalten. In Lebenspartnerschaft Lebende können den erhöhten Familienselbstbehalt nicht für sich beanspruchen.

Unterhaltspflichtige Kinder müssen auch mit dem eigenen Vermögen für den Unterhalt der Eltern eintreten. Ausgenommen davon ist das sogenannte Schonvermögen. Soweit es nachweislich der eigenen Altersvorsorge dient, bleibt es unangetastet. Eine angemessene selbstgenutzte Immobilie gehört ebenso dazu, wie Reserven für Reparaturen, Anschaffungen oder Urlaub. Feste Schongrenzen gibt es nicht. Gegenüber dem Sozialhilfeträger muß dargelegt werden, in welcher Höhe und für welche Zwecke Geld zurückgelegt werden soll.

Da Verwandtschaft in gerader Linie besteht, gibt es auch eine Unterhaltspflicht von Enkeln gegenüber ihren betagten Großeltern. In der Praxis kommt diese aber kaum zum Tragen. Zum einen sieht das Bürgerliche Gesetzbuch eine Rangfolge vor, wonach die näheren vor den entfernteren Abkömmlingen haften. Hiernach müssen also die Enkel nur dann für ihren bedürftigen Großvater aufkommen, wenn dessen Kinder nicht leistungsfähig sind. Zum anderen gehen die Unterhaltsansprüche von Großeltern gegen ihre Enkel, anders als diejenigen gegen die Kinder, gemäß Sozialgesetzbuch nicht auf den Sozialhilfeträger über. „Kluge“ Enkel lassen daher bei Bedürftigkeit ihrer Großeltern dem Sozialamt den Vortritt und unterstützen sie vielleicht heimlich.

Weitere Informationen unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV Förderverein für Beratungen

Stiftung Anerkennung und Hilfe

Endgültige Anlaufstellen für Berlin

- Zuständig für alle Familiennamen, die mit A bis K beginnen: Evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk (EJF), Darßer Str. 103, 13051 Berlin, Tel./Fax (030) 92 90 34-54, E-Mail aub@ejf.de, Sprechzeiten: Mo–Fr, 9–12 Uhr und 13–16 Uhr
- Zuständig für alle Familiennamen, die mit L bis Z beginnen: Verein Lebenshilfe, Helene-Weigel-Platz 13, 12681 Berlin, Tel. (030) 755 49 12-71 und -72, Fax (030) 755 49 12 75, E-Mail anerkennung-hilfe-berlin@lebenshilfe-berlin.de, Sprechzeiten: Mo–Fr, 9–12 Uhr und 13–16 Uhr

selbst dann, wenn der Kontakt zwischen ihnen schon lange abgebrochen ist. Hierzu einige Eckpunkte.

Muß ein Elternteil im Heim untergebracht werden, sind die Kosten häufig so hoch, daß Pflegeversicherung und Rente nicht ausreichen. Dann zahlt zunächst der Sozialhilfeträger und fordert das Geld aufgrund eines gesetzlich angeordneten Übergangs des Unterhaltsanspruchs später von den Kindern zurück.

Bevor die Kinder für Unterhaltszahlungen herangezogen werden, müssen die Eltern sämtliche Einkünfte aus gesetzlicher und privater Rente und der Pflegeversicherung, aber auch ihr Vermögen ausgeben. Das heißt, nicht nur die Vermögenserträge, sondern auch der Vermögensstamm selbst wird zur Deckung der Pflegekosten herangezogen. Lediglich einen Schonbetrag als Vermögensreserve von derzeit 2600 Euro zuzüglich 614 Euro für den Ehegatten können sie behalten.

Haben die Eltern Anspruch auf Grundversicherung im Alter, müssen sie sie auch beantragen. Diese Einkünfte haben Vorrang vor dem Unterhalt durch die Kinder. Sollte ein Elternteil solche Zahlungen erhalten, sind die Kinder nicht verpflichtet, sie zurückzahlen. Bei einem Heimaufenthalt kommt zur Grundsicherung noch die „Hilfe zur Pflege“ hinzu. Reichen diese Leistungen noch nicht zur Deckung

Politische Flüsterwitze in Nord-Korea

Diktaturen mit ihrem Absolutheitsanspruch und ihrer großen Diskrepanz zwischen der Staatspropaganda und der Realität des grauen, volksdemokratischen Alltags fordern geradezu zum Widerspruch der Zwangsuntertanen heraus. In dieser Welt der totalen politisch-ideologischen Uniformierung und der Verfolgung Andersdenkender blühen im Untergrund politische Flüsterwitze. Sie sind ein Ventil für die Unzufriedenheit. Inhaltlich stellen sie ein gewisses Spiegelbild des Landes dar, einen Gradmesser der wahren Stimmung in der Bevölkerung. Aus diesen heimlich kursierenden Witzen sprudelt keine Lebenslust, vielmehr sind sie gallig-böse, zynisch und keineswegs selten vom reinen Haß geprägt. Diktatoren reagieren auf sie äußerst humorlos, zumeist mit harten Gefängnisstrafen, bei denen man dann gar nichts mehr zu lachen hat.

Nach Berichten von Flüchtlingen aus Nord-Korea haben gerade während der jüngsten Zeit die Zahl und die ätzende Schärfe dieser Äußerungen illegalen Humors stark zugenommen, wie einige willkürlich ausgewählte Beispiele belegen.

Recht häufig wird das Regime attackiert:

Auf einer Straße in Pjöngjang verprügeln drei nordkoreanische Arbeiter einen Parteifunktionär. „Helfen Sie doch, Genosse!“, schreit der einen tatenlos zusehenden Soldaten an. Der winkt ab: „Drei sind genug...“

Was ist der Unterschied zwischen unserer über alles geliebten Volksregierung in Pjöngjang und den verbrecherischen Salafisten in Syrien? – Die Salafisten haben Sympathisanten!

Erwartungsgemäß beinhaltet dieser Untergrund-Humor häufig den Götzenkult um den Diktator Kim Jong-un, der in der Partei-Propaganda als der Allwissende und Allerklügste gepriesen wird. Geradezu typisch sind folgende Witze:

Parteiversammlung. Schreit der Genosse Funktionär: „Teure Genossen, unter unserem genialen und in aller Welt geliebten und verehrten Führer Kim Jong-un werden wir schon in Kürze mit unseren friedliebenden Interkontinentalraketen die verfluchten Amerikaner ausrotten. Im nächsten Jahr fliegen wir

zum Mond und danach zum Mars. In zwei Jahren, teure Genossen, werden wir unter unserem genialen und in aller Welt geliebten und verehrten Führer Kim Jong-un die stolze Fahne unserer Demokratischen Volksrepublik Korea auf der Sonne hissen!“ Meint ein nicht ganz linientreuer Genosse skeptisch: „Aber teurer Genosse Funktionär, dann verbrennen doch unsere tapferen Genossen Kosmonauten!“ „Du Blödmann mit deinem parteischädigenden Verhalten! Unter unserem genialen und in aller Welt geliebten und verehrten Führer Kim Jong-un haben wir selbstverständlich auch diesen Umstand berücksichtigt: Wir fliegen nur nachts!“

Kim Jong-un besucht eine Kollektiv-Farm, die besonders schöne Schweine züchtet. Das Foto vom Besuch will die nächste Partei-Zeitung natürlich sofort groß veröffentlichen, doch Genosse Chefredakteur zögert bei der Bildunterschrift. „Genosse Kim Jong-un ist von schönen Schweinen umgeben?“ „Hm...“ „Oder, die dicksten Schweine umgeben Genossen Kim Jong-un?“ „Nein.“ Schließlich einigt man sich: „Genosse Kim Jong-un ist der Dritte von links.“

Auch die allmächtige Geheimpolizei ist oft Ziel von Spott und Verachtung:

In einer vollen Straßenbahn in Pjöngjang fragt ein Fahrgast seinen Nachbarn: „Verzeihung, teurer Genosse, arbeiten Sie vielleicht im Zentralkomitee unserer verehrten Partei?“ „Nein.“ „Haben Sie, lieber Genosse, vielleicht eine hohe Position in unserer berühmten Volksarmee?“ „Nein.“ „Sind Sie, hochverehrter Genosse, vielleicht in unserem geliebten Ministerium für Staatssicherheit tätig?“ „Nein.“ „Sie blöder Idiot, hauen Sie endlich ab. Sie stehen mir ständig auf den Füßen.“

Der Alltag im Paradies des Nordteils der koreanischen Halbinsel wird zynisch widergespiegelt:

Ein Reporter fragt den Dorfältesten, ob er in seinem langen Leben auch immer gut zu essen und zu trinken hatte. „Natürlich, Genosse, unter der genialen Fürsorge unseres großen und geliebten Staatsführers Kim Jong-un!“ „Liest du auch immer noch unser Partei-Organ?“ „Möchte der Reporter abschließend wissen. „Aber natürlich!“, strahlt der alte

Mann. „Wie könnte ich sonst wissen, daß ich immer genug Fleisch und Fisch essen und stets genug Milch trinken und all die vielen Jahre in einem schönen, warmen Haus leben konnte?“

Warum kommt ein Einwohner der Demokratischen Volksrepublik Korea niemals in die Hölle? – Weil er die schon auf Erden hat.

Über die Wirtschaft erzählt man sich im Norden Koreas:

Auf der Kim-Il-sung-Universität legt der Genosse Professor den Genossen Studenten die drei Wirtschaftssysteme der Welt dar: Die mangelhafte kapitalistische Unordnung des Westens, das ausgewählte System der VR Chinas und unsere sozialistisch-ökonomische Ordnung. „Welches System ist das beste?“, will er von einem Genossen Studenten wissen. Dieser zögert ein wenig. „Die Frage ist nicht leicht zu beantworten...“ Der linientreue Genosse Professor schimpft: „Es gibt nur eine wahre Antwort. Unser System ist das beste, das auch dazu bestimmt ist, die gesamte Welt für uns zu gewinnen!“ Der ideologisch zusammengestauchte Student stammelt: „Das ist wirklich phantastisch! Aber wenn unsere Wirtschaftsordnung in der ganzen Welt herrschen wird – woher bekommen wir dann die Ernährungshilfe?“

Diese politischen Flüsterwitze sollte man allerdings in ihrer Wirkung auch nicht überbewerten. Solange sie jedoch in Nord-Korea kursieren und die Bevölkerung über sie lacht und sie weitererzählt, wird auch in jenem Staatsgebilde mit dem anmaßenden Namen „Demokratische Volksrepublik Korea“ der Freiheitswille nicht untergehen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Da lacht der Klassenfeind

„Zur schriftlichen Schweigeverpflichtung sagte er, daß er ja als Arzt sowieso eine Schweigeverpflichtung hat. Es wurde ihm erklärt, daß diese ja nicht auf unser Aufgabengebiet zugeschnitten ist.“

(MfS AIM 44521/88, Bl. 321)

Mythos Oktoberrevolution

Die Kluft zwischen realer Geschichte und Legende

Von Wolfgang Templin

Teil II

Die letzte zu nehmende Hürde für die Bolschewiki wurde die Verfassungsgebende Versammlung, die am 5. Januar 1918 zusammentrat. Von den rund 40 Millionen dafür abgegebenen Stimmen entfiel nur rund ein Viertel auf die Bolschewiki. Hinter der Autorität des Zentralen Sowjetexekutivkomitees verschanzt, das sie dominierten, trieben die Bolschewiki die gewählten Mitglieder der Versammlung auseinander.

Das Streben nach Unabhängigkeit

Noch vor ihrer völligen Machtübernahme drängte die deutsche Seite die Vertreter der Bolschewiki zu sofortigen Friedensverhandlungen. Mit einem Sieg-Frieden im Osten konnten große Truppenverbände an die Westfront verlegt werden. Kriegswichtige Rohstoffe aus den gewonnenen Gebieten und ukrainische Territorien als Kornkammer lockten.

Bei den im Dezember 1917 in Brest-Litowsk begonnenen Verhandlungen, die sich bis zum März 1918 hinzogen, tauchten auch ukrainische Delegierte auf. Die deutsche Rechnung war hier einfach. Durch die Anerkennung einer Ukraine unter deutschem Protektorat saßen die Bolschewiki, die sich ja die mögliche Unabhängigkeit aller Nationen selbst auf die Fahne geschrieben hatten, in der Falle. Lenin hielt an diesen Programmforderungen

fest und setzte all seine Genossen, vor allem den für Nationalitätenfragen zuständigen Volkskommissar Stalin, unter Druck. Sie sollten sich keines großrussischen Chauvinismus schuldig machen und die Rechte aller Nationen achten. Lenin, der selbst ein eingefleischter großrussischer Nationalist war, hielt am Selbstbestimmungsrecht der Nationen fest, solange man es richtig interpretierte. Eine unabhängige Sowjet-Ukraine war zu akzeptieren, eine unabhängige Ukraine, die wirklich souverän sein wollte und drohte, sich einer anderen Einflußzone anzuschließen, konnte nicht akzeptiert werden.

In den Monaten der Friedensverhandlungen hatten die Bolschewiki die schlechteren Karten, mußten große Gebietsverluste im Westen des Russischen Reiches und deutsche Truppenkontingente akzeptieren, die dort als „Ordnungsfaktor“ verblieben. Sie verhinderten oder erschwerten die schnelle „Sowjetisierung“ im Baltikum. Für das Territorium der Ukraine war die Situation noch komplizierter. Dort rangen „rote“ ukrainische Kräfte mit deutschfreundlichen Koalitionen und einem sozialdemokratisch dominierten Direktorat, das frei von jeder Bevormundung sein wollte, um die Macht. Die eigenen Interessen Polens spielten in diesem Moment noch keine Rolle. Das sollte sich erst im November 1918 ändern.

Als die deutsch-österreichischen Truppen im Jahre 1916 die russische Brussilow-Offensive zurückwarfen, drangen sie weit auf polnisch-russisches Gebiet vor und besetzten Warschau und Zentralpolen. Was sollte in der sich verlängernden Situation des Zweifrontenkrieges mit diesen Gebieten geschehen? In der deutschen zivilen Führung und der Spitze der Heeresleitung setzte sich eine Option durch, die Weichen für ein künftiges Königreich Polen zu stellen, was natürlich deutschem Einfluß unterläge, aber einen Status äußerer Unabhängigkeit bekommen sollte. In polnischen Adelskreisen, aber auch im Bürgertum, in Teilen der polnischen katholischen Kirche ließen sich Anhänger für eine solche Lösung finden. Deutschland setzte immer noch auf einen Sieg im Westen und wollte die Ressourcen der großen polnischen Gebiete, welche nicht in das Deutsche Reich gehörten, intensiv nutzen. Es gab seit August 1914 eigene polnische Truppenkontingente (Legionen) mit ihrem Kommandanten Józef Piłsudski.

Der langjährige Führer der polnischen Sozialisten in der Illegalität hatte eine eigene Strategie, welche jeder einseitigen Abhängigkeit eines künftigen Polens entgegenstand. Noch vor der Jahrhundertwende hatten die polnischen Sozialisten die Forderung nach einem souveränen, unteilbaren Polen in den Mittelpunkt ihres Programms gestellt, weil sie davon überzeugt waren, daß jede soziale Emanzipation nur im Rahmen eines souveränen Staatswesens gelingen könne. Damit standen sie dem reformistischen Teil der europäischen Sozialdemokratie nahe und wurden von Rosa Luxemburg und ihren Anhängern als anachronistische, fossile Nationalisten behandelt. Für Luxemburg und ihre protokommunistische Ausrichtung sollten sich polnische,



Lenin (unter der Lampe) im neu eingerichteten Rat der Volkskommissare in Petrograd am 10. März 1918. Rechts neben ihm Stalin und Alexandra Kollontai.

jüdische, russische, ukrainische Arbeiter nicht mit ihren nationalen Unterschieden aufhalten, sondern gemeinsam kämpfen, sprachliche und kulturelle Autonomie in Anspruch nehmen und in einer künftigen internationalen Gemeinschaft aufgehen.

Piłsudski war weder Hellseher noch Prophet, aber er wußte bereits bei Kriegsausbruch, daß nur der Zerfall und Fall aller Teilungsimperien die Chance auf ein künftiges erneut souveränes Polen im Herzen Europas eröffnen würde. Dafür mußten die Polen aber selbst kämpfen und durften nicht nur Kanonenfutter in den Armeen der drei Teilungsmächte sein. Aus Freiwilligen, darunter viele Akademiker und Intellektuelle, die mit den Traditionen der polnischen Aufstände verbunden waren, rekrutierten sich die Angehörigen der polnischen Legionen, die als selbständige Verbände auf der Seite Österreichs gegen den zaristischen Erzfeind kämpften. Mit der neuen Situation in Warschau und dem deutschen Angebot erneuter Zusammenarbeit konfrontiert, stellte Piłsudski nur eine Bedingung. Die Verbände sollten kein Teil des deutschen Heeres sein und als polnische Legionen weiterhin einem eigenen Kommando unterstehen. Folgerichtig lehnte er für sich und seine Männer auch die Eidesleistung für den deutschen Kaiser ab. Diese Verweigerung führte im Sommer 1917 zur Internierung Piłsudskis und seiner Offiziere, machte ihn zum Märtyrer und nationalen Volkshelden, ließ ihn anderthalb Jahre später zu einem der entscheidenden Gestalten des neuen Polens werden.

Als in den Novembertagen 1918 der Waffenstillstand im Westen ausgehandelt und der deutsche Kaiser zur Abdankung gezwungen wurde, als in Deutschland die Revolution ausbrach, rollten zwei Züge aus Berlin in unterschiedliche Richtungen. Ein Sonderzug brachte den Deutschen Kaiser und sein engstes Gefolge über die holländische Grenze ins Exil, und ein wesentlich kleinerer Sonderzug brachte den aus der Festung Magdeburg freigesetzten Józef Piłsudski nach Warschau. Dort meuterte die deutsche Garnison, die polnische Zivilverwaltung – der Regentschaftsrat – war völlig hilflos. Piłsudski wurde von den Konservativen abgelehnt, von der nationalklerikalen Rechten gehaßt und verachtet – als Linker, Freigeist und Abenteurer, der um der Liebe willen mehrfach die Konfession wechselte und lange im offenen Konkubinat lebte. Dennoch kam um sein Gewicht, um seine Autorität niemand he-

rum. Der künftige Marschall wußte, welche Aufgabe ihn erwartete, daß er nicht für eine Partei, sondern für die ganze Nation stehen mußte, die seit hundertfünfzig Jahren in mehrere Teile zerrissen war. Der 11. November als Folgetag der Ankunft des Zuges ist bis heute polnischer Nationalfeiertag. An jedem 10. November rollt ein Zug in den Warschauer Zentralbahnhof ein, dem der „Vater der Nation“ entsteigt.

Gegen den Rat eines Teils seiner sozialistischen Anhänger nahm Piłsudski noch im November Kontakt mit seinem rechtsnationalistischen Kontrahenten Roman Dmowski auf und war zu weitgehenden Kompromissen bereit. Es galt, auf der bevorstehenden Pariser Friedenskonferenz gemeinsam dafür zu sorgen, daß aus der niederdrückenden Hinterlassenschaft des Ersten Weltkrieges ein souveränes, starkes Polen als parlamentarische Republik wiederaufstand.

Mit seinen sozialistischen Kampfgefährten, die in Lublin bereits eine provisorische Regierung gebildet hatten, kam es unmittelbar nach Piłsudskis Rückkehr zu einer denkwürdigen Begegnung. Sie wollten ihren ehemaligen Anführer und Genossen auf ein sozialistisches Maximalprogramm einschwören. Er machte ihnen jedoch unverblümt klar: „Verehrte Genossen, ich bin mit euch in der roten Straßenbahn des Sozialismus bis zur Haltestelle ‚Unabhängigkeit‘ mitgefahren und dort ausgestiegen. Ihr könnt bis zur Endhaltestelle weiterfahren, wenn ihr das vermögt, aber unsere Wege trennen sich und wir gehen jetzt zum ‚Sie‘ über.“

Damit war das Tisch Tuch zwischen ihm und seinen alten Kampfgefährten dennoch nicht völlig zerschnitten. Große Teile ihrer Forderungen, wie das allgemeine Wahlrecht für Frauen, Gewerkschaftsrechte, der Achtstundentag, fanden sich in den Gesetzgebungsakten der neuen Regierungskoalitionen.

Alle Genossen, welche Piłsudski angesichts der gewaltigen Herausforderung, ein zerrissenes und vom Krieg zerstörtes Land aufzubauen, auf politische Lager-

kämpfe und seine linke Identität einschwören wollten, verwies er auf die entscheidende Bedrohung: „Uns steht ein Kampf mit Rußland bevor, nicht mit Roman Dmowski und seinen Anhängern.“

Die Fackel der Revolution nach Westen tragen

Die bolschewistischen Machthaber hatten die durch den Fall des Zarenreiches und der anderen Imperien entstandenen Staaten – von Finnland, den Ländern des Baltikum, den Unabhängigkeitsbestrebungen in Belarus, bis in die Ukraine und Polen – unter sofortige Dauerbeobachtung genommen und überall Fünfte Kolonnen aus Anhängern und Befürwortern einer sowjetischen Lösung gebildet. Viel hing davon ab, wie sich die Pariser Friedensverhandlungen gestalteten, wie sich die Ententemächte zur Situation im Osten Europas verhalten würden. Rußland war



Lenin inspiziert auf dem Roten Platz in Moskau zusammen mit Kommandeuren allgemeine Truppen der Roten Armee (1919).

im Krieg Verbündeter und entscheidender Teil der Entente gewesen, der Sonderfriede mit Deutschland hatte hier aber ab März eine neue Situation geschaffen.

Lenin war Realist genug, an seine eigene Imperialismustheorie und das Argument vom „schwächsten Kettenglied“ nur halb zu glauben. Sowjetrußland brauchte Verbündete und mußte, trotz Hunger und Kriegsmüdigkeit, eigene Streitkräfte aus dem Boden stampfen.

In allen neuen Staaten hatten sich bereits probolschewistische Kräfte formiert. Erste Versuche der offenen Machtübernahme in polnischen Gebieten scheiterten in der ersten Novemberhälfte. Die auf Eigenständigkeit bedachten sozialistischen Polen zeigten sich zu widerspenstig, den polnischen Kommunisten fehlte ihr Lenin. Die besten polnischen Kader saßen in Moskau und sollten den Kern einer künftigen





Feliks Dzierzynski und Josef Stalin 1924.

sowjetpolnischen Regierung bilden. Zu ihnen zählte der aus einer polnisch-litauischen Adelsfamilie stammende Feliks Dzierzynski. Er wurde zum Schöpfer der Allrussischen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (Tscheka), der Vorläuferin von NKWD und KGB. Auf Karl Radek, gleichfalls polnischer Abstammung und ein enger Kampfgefährte Rosa Luxemburgs, wartete eine besondere Herausforderung. Mit der Novemberrevolution in Deutschland und den folgenden Unruhen schien die Hoffnung auf, die „Fackel der Weltrevolution“ über Deutschland nach Westeuropa zu tragen. Karl Radek, der beste Verbindungen nicht nur zu den Mitgliedern der deutschen Spartakusgruppe, sondern auch im bürgerlichen Lager und zu Angehörigen des Kommandeurskorps der künftigen Reichswehr hatte, suchte überall Verbündete. In der späteren Abwehr des „Schanddiktates von Versailles“ und der Forderung nach Grenzrevision war man sich bei allen ideologischen Gegensätzen einig.

Karl Radek wurde noch im November 1918 an der Spitze einer Delegation bewährter Bolschewiki nach Deutschland geschickt, wo sie zunächst Einreiseprobleme hatten. Radek schlug sich nach Berlin durch, nahm am Gründungskongreß der Kommunistischen Partei im Dezember teil und spielte eine nicht unwichtige Rolle beim Ausbruch der Spartakuskämpfe im Januar. Rosa Luxemburg, die genug Erfahrung und Sensibilität hatte, um zu ahnen, was mit dem Führungsanspruch der russischen Bolschewiki auf die internationale kommunistische Bewegung zukam, versuchte noch dagegen anzugehen. Sie wurde kurz darauf, wie Karl Liebknecht, von der rechten Soldateska ermordet. In den Fraktionskämpfen der folgenden

Jahre wäre sie mit Sicherheit selbst zum Opfer geworden. Als selbst himmelhohe Optimisten wie Karl Radek, der die gefährlichste Zeit in einer Gefängniszelle in Moabit aussaß, einsehen mußten, daß weder die bayerische noch die ungarische Räterepublik den erhofften Durchbruch brachten, konzentrierten sich die Moskauer Kommunisten auf den Bürgerkrieg und ihr eigenes Umfeld.

Lew Dawydowitsch Trotzki stellte sich als Kriegskommissar der Aufgabe, eine Rote Westarmee ins Leben zu rufen. Sie sollte im Frühjahr 1919 drei Millionen Soldaten unter Waffen haben. Im Offizierskorps der neuen Armee dienten zahlreiche zaristische Generäle, die das richtige Gespür dafür hatten, daß es um eine Erneuerung des Imperiums ging. Ihnen waren zur Sicherheit Rote Kommissare an die Seite gegeben.

Die sowjetrussische Offensive begann mit den Angriffen auf die Territorien der Ukraine, welche die bolschewistische Seite in zaristischer Tradition als heilige russische Erde betrachtete. Ukrainische Unabhängigkeitskräfte wurden nur dann akzeptiert, wenn sie sich probolschewistisch instrumentalisieren ließen und einordneten. Im April 1919 stand die Rote Armee am Zbruč, welcher die Mittelukraine von den westukrainischen Territorien trennte, auf die auch Polen historischen Anspruch erhob.

Bereits Mitte Dezember 1918 existierten kommunistische Regierungen der Ukraine, Estlands, Lettlands, Belarus'. Sie standen in den jeweiligen Ländern nationalen Unabhängigkeitskräften anderer Richtungen gegenüber. Offene Kämpfe brachen aus, und zugleich hielt der Kampf um die besten Plätze an den Verhandlungstischen in Versailles an.

Versailles

Dort herrschten mehr Unsicherheit und Verwirrung als entschiedener Wille zum Handeln. Mit dem Kriegseintritt der USA und ihrem Gewicht bei der Niederwerfung der Mittelmächte nahmen diese auch einen entscheidenden Platz dort ein. Woodrow Wilsons berühmte Forderungen nach der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und der Einrichtung des Völkerbundes, um die Gefahr neuer Kriege zu verhindern, waren vielfältig auslegbar, wenn es konkret wurde. Reparationsforderungen der Siegermächte und die Klärung der Kriegsschuldfrage standen im Vordergrund.

Besonders groß war die Verwirrung, wenn es um den östlichen Teil des europäischen Kontinents ging. Wer stand sich nach dem Zusammenbruch und Wegfall dreier tragender Imperien und dem Ausfall des Osmanischen Reiches als viertem Imperium eigentlich gegenüber, hatte welche Ansprüche und wie konnte man damit umgehen? Was tat sich im Innern Rußlands?

Hier glänzte der englische Premierminister, der Waliser Lloyd George, mit besonderer Arroganz und Unkenntnis. Er erklärte, einmal im Leben einen Ukrainer erlebt zu haben und nie wieder einen sehen zu wollen, warf ständig Regionen und geographische Begriffe durcheinander und meinte, die russischen Bolschewiki durch eine geordnete Handelspolitik zähmen zu können. Der nahezu einzige realistische Widerpart auf der britischen Seite war sein konservativer Gegenspieler Winston Churchill. Über ihn bemerkte der Privatsekretär Lloyd Georges, Philipp Kerr, schreckgebannt:

„Mr. Churchill ist entschlossen, einen Feldzug gegen das bolschewistische Rußland zu erzwingen, der von alliierten Freiwilligen, Polen, Finnen und jedem anderen, den man zu fassen bekommt, geführt und von den Alliierten finanziert werden soll.“

(Christian Graf von Krockow: Churchill, S.66)

Churchill hatte in diesem Moment leider keine entscheidende Stimme an den Tischen der Verhandlungen und auch nicht im Kreis der Entscheider. Er hatte als einer der ersten ein deutliches Bewußtsein dafür, welche Gefahr Europa und der Welt von einer Dauerherrschaft der neuen Machthaber in Moskau drohte. Das gleiche Bewußtsein und die ungeheure Energie, die er rund zwanzig Jahre später aufbrachte, Großbritannien für den Kampf gegen Hitler zu mobilisieren, halfen allerdings nicht weiter, als es in den Konferenzen von Teheran bis Jalta und Potsdam darum ging, den Ansprüchen Stalins zu widerstehen.

Da die koordinierte Intervention westlicher Militärkontingente ausblieb – die „weißen“ Gegner der Bolschewiki agierten isoliert voneinander, schafften es Lenin und seine Genossen mit gewaltigen Kraftanstrengungen, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, das Jahr 1919 zu überstehen und in einer Großoffensive im Sommer 1920 bis vor die Tore von Warschau vorzudringen. Józef

Piłsudski, der wußte, mit welcher tödlichen Bedrohung er es zu tun hatte, der von den westlichen Verbündeten im Stich gelassen, verspätet und nur halbherzig unterstützt wurde, gelang das „Wunder an der Weichsel“. Die Reiterarmeen Budjonys wurden gestoppt, der „Rote Napoleon“, Marschall Tuchatschewski, fuhr eine seiner schwersten Niederlagen ein, der gleichfalls in die Kämpfe verwickelte Stalin machte das Debakel komplett. Die Existenz eines unabhängigen Polens blieb bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gesichert.

Fortsetzung des Experiments – die Folgen

Lenin, der über die demokratischen Träumereien des Revolutionschronisten Suchanow nur herzlich lachen konnte, schrieb im Mai 1923 als eine seiner letzten Arbeiten Randglossen zu dessen Aufzeichnungen. Sie schließen mit den Worten:

„Unseren europäischen Spießbürgern fällt es nicht im Traume ein, daß die weiteren Revolutionen in den Ländern des Ostens, die unermesslich reicher an Bevölkerung sind und sich durch die Mannigfaltigkeit der sozialen Verhältnisse weit mehr unterscheiden, ihnen zweifellos noch mehr Eigentümlichkeiten präsentieren werden, als die russische Revolution es getan hat. – Gewiß, ein nach Kautsky geschriebenes Lehrbuch war seinerzeit ein sehr nützliches Ding, aber es ist dennoch schon an der Zeit, den Gedanken von sich zu weisen, als hätte dieses Lehrbuch alle Formen der weiteren Entwicklung der Weltgeschichte vorausgesehen. Es wäre an der Zeit, Leute, die so denken, einfach als Dummköpfe zu erklären.“

Lenins früher Tod, die Diadochenkämpfe um seine Nachfolge, in denen sich Stalin durchsetzte, ließen die Spekulationen um eine mögliche andere Entwicklung der Sowjetunion und damit des Weltkommunismus nicht abreißen. Mit dem Abstand der Jahrzehnte läßt sich nur eines mit Gewißheit sagen, die Negativbilanz des historischen Großversuches überwiegt in nahezu unfaßbarer Weise:

„Zahlen lassen sich nur schätzen, aber wenn man für die Jahrzehnte von Lenins und Stalins Herrschaft und insgesamt für den Kommunismus die Hingerichteten, die Verhungerten, die Opfer von Zwangsumsiedlung, Strafarbeit und Lagerhaft zusammenzählt, muß man wohl von

achtzig, wenn nicht gar hundert Millionen Menschen sprechen – einer ungeheuerlichen Schädelstätte des Grauens.“ (Christian Graf von Krockow: Churchill. S.65)

All diejenigen, die dennoch ihre Sympathie für die Signale der Oktoberrevolution und die Sendboten der Weltrevolution nicht verhehlen, sollten nach dem Buch einer prominenten Zeitzeugin der damaligen Ereignisse und späteren Überlebenden von Stalins und Hitlers Lagern greifen. Margarete Buber-Neumann schrieb in ihren 1967 erschienenen „Kriegsschauplätzen der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943“ (S.10):

„Wie sehr ist unsere westliche Welt zum Wunschdenken bereit!

Es ist eine einfache, allzu einfache Rechnung, die allenthalben aufgestellt wird: Unter Lenin war es notwendig, Terror auszuüben, wollte man die Errungenschaften der Revolution erhalten und wirksam gegen ihre Feinde verteidigen, Stalin erhob den Terror zum Selbstzweck, war folglich ein ‚Verbrecher‘; unter seinen Nachfolgern, vornehmlich unter Chruschtschow, der mit seinem Verdammungsurteil über Stalin der geistige Vater dieser fatalen Milchmädchenrechnung ist, ließ der Terror nach... Warum sollte man es da nicht mit der Koexistenz versuchen? Wie leicht findet sich unsere freie Welt bereit, die Vergangenheit zu vergessen, die Gegenwart nicht wahrzunehmen und an die Zukunft nicht zu glauben.“ Angesichts der heutigen Herrscher im Kreml und der neuen Herausforderungen, vor denen die westliche Welt steht, sind das nahezu prophetische Worte.

Eine unabdingbare Bedingung für alle weiteren Versuche notwendiger gesellschaftlicher Veränderung und des Eintretens für soziale Gerechtigkeit formuliert der polnische Philosoph Leszek Kołakowski, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst als jungen überzeugten Kommunisten sah, davon abrückte und im Zuge der Kampagne von 1968 aus Volkspolen vertrieben wurde. Im englischen Exil schrieb er eine dreibändige Geschichte der Hauptströmungen des Marxismus. Darin wird Marx weder zum Zerrbild, noch zur Karikatur, aber in seiner Verantwortung als Philosoph und Geschichtstheoretiker ernstgenommen. Im Bemühen, das Übel an der Wurzel zu fassen und das Reich der Notwendigkeit

zum Reich der Freiheit werden zu lassen, dafür den Klassenkampf und den Hebel der sozialistischen Revolution einzusetzen, ebnete Marx Lenin und seinen Nachfolgern den Weg. Kołakowski tritt dafür ein, hier bescheidener zu sein, und es ist unerheblich, ob man dabei noch von demokratischem Sozialismus oder von sozialer Demokratie spricht:

„Die Idee des demokratischen Sozialismus hat nichts gemein mit der apokalyptischen Hoffnung auf ein Ende der Geschichte, mit dem Glauben an die historische Unvermeidlichkeit des Sozialismus und die natürliche Abfolge der ‚gesellschaftlichen Formationen‘, mit der Lehre von der ‚Diktatur des Proletariats‘, mit der Glorifizierung der Gewalt, mit dem Glauben, daß die Verstaatlichung der Industrie ein Wert an sich sei, mit den Phantasien über eine konfliktfreie Gesellschaft und eine Wirtschaft ohne Geld. Der demokratische Sozialismus ist ein Versuch, Institutionen zu errichten, die nach und nach erreichen können, daß die Unterordnung der Produktion unter den Profit eingeschränkt, die Not beseitigt, die Ungleichheit verringert, die den Zugang zur Bildung erschwerende gesellschaftliche Schranke weggeräumt und die sowohl von der Staatsbürokratie wie von totalitären Versuchungen ausgehende Gefahr für die demokratischen Freiheiten minimiert wird.“

All diese Bemühungen und Versuche sind aussichtslos und unproduktiv, wenn nicht der Wert der Freiheit ihren unabdingbaren Mittelpunkt darstellt.“



Foto: GuentherZ

Gedenktafel aus der Besatzungszeit an einen Wien-Aufenthalt Stalins im Jahr 1913.



Puzzeln mit Lenin. In einem Werbetext dazu heißt es: „Puzzles sind unterhaltend, fördern das Wohlbefinden und stimulieren beide Hälften des Gehirns.“

Flashbacks bis heute

Unser diesjähriges Treffen des Frauenkreises der Hoheneckerinnen vom 23. bis 25. Juni fand wie immer in Stollberg statt. Am 23. waren drei Zeitzeuginnen ins Karl-Bach-Gymnasium eingeladen. Der Termin war von der Schule etwas unglücklich gewählt, weil es der letzte Schultag und gleichzeitig Zeugnisausgabe war.

Jeder berichtete von seinen Erlebnissen in Hoheneck. Da die Geschichtsklasse nur aus Mädchen bestand, erzählten wir auch von der furchtbaren „Frauenärztin“, die mehrere inhaftierte Frauen mit einem Handschuh untersuchte – die Reaktionen waren entsprechend. Es wurde von den Jahrzehnte wirkenden Flashbacks berichtet: Türen knallen, Getrappel der Kom-

mandos, Razzien, laute erzgebirgische Weihnachtsmusik, von dem totalen Verlust der Intimsphäre, besondere Schikane an politischen Häftlingen, von Übergriffen des Wachpersonals, immensen Arbeitsnormen – von denen alles abhing, von unterlassenen medizinischen Hilfeleistungen, Mangelernährung, Zwangsimpfungen, Zellenabläufen, Unterbringung mit Schwerstverbrecherinnen und Übertragung auf die nächste Generation.

Wir versuchten dieser jungen 2000er Generation zu erklären: Es gibt kein Telefon und schon gar kein Smartphone – wir baten sie, nur einen Tag ihres auszuschalten. Oder man wird gezwungen, jegliche Hautkontakte zu unterlassen: Umarmung, Handschlag usw., das über Jahre. Es fanden rege Gespräche statt, und weit über die Zeit hinaus verabschiedeten wir uns und wünschten allen schöne, erholsame Ferien.

Am 24., einem Sonntagnachmittag, hatten wir interessierte Bürger zum Zeitzeugenforum in den Innenhof Hoheneck geladen. Begonnen wurde der Tag aber mit einer Kranzniederlegung am Stein in Hoheneck, begleitet vom Posaunenchor unter der Leitung von Herrn Schreckbach jr.

Frau Labahn eröffnete die Feierstunde. Als Gäste kamen von der Bundesstiftung Aufarbeitung Frau von Arnim, Frau Mann vertrat den Oberbürgermeister der Stadt Stollberg, vom LStU Dresden war Herr Heidrich erschienen, Frau Ebert und Frau Werner vom Förderverein Stollberg sowie Frau Eichhorn als zukünftige Gedenkstättenleiterin und bereits Leiterin der neu erstellten Phänomene, die im Produktionshaus untergebracht ist.

Ab Vormittag kamen Interessierte bis weit nach Mittag, und es wurden Führungen veranstaltet. Im Innenhof lagen auf Tischen Haftunterlagen in Kopie zur Anschauung aus. Wir bedanken uns hiermit recht herzlich bei Herrn Marcel Schmidt, er ließ Tische bereitstellen und lud zu Trinken und Essen ein. Für eine hervorragende gärtnerische Gestaltung am Stein bedanken sich die Frauen ebenfalls sehr herzlich.

In fröhlicher Runde klang der Tag im Hotel Stadt Zwönitz aus, unser Dank gilt dem Ehepaar Josiger als stets gute Gastgeber. Am Sonntag reisten wir ab. Leider konnte unsere Annerose Matz-Donath kurzfristig nicht mehr am Treffen teilnehmen. Wir wünschen ihr recht baldige Genesung, und dann sehen wir uns im nächsten Jahr. Das Treffen wird dann wieder im Mai stattfinden.

Inge Naumann



Kränze am Stein in Hoheneck.

Kunst als Aufarbeitung der SED-Diktatur

Auf Einladung der Präsidentin des baden-württembergischen Landtages, Muhterem Aras, konnten die Künstler Katrin Büchel und Gino Kuhn am 21. Juni 2017 im Foyer des Landtages in Stuttgart ihre „Kunstgeschichten“ in Form von Fotografie und Malerei großzügig ausstellen. In einer Plenarpause eröffnete die Landtagspräsidentin vor zahlreichem Publikum, darunter viele Abgeordnete aller Fraktionen, ehemalige politische Häftlinge aus dem Frauengefängnis Hoheneck und der Haftanstalt Cottbus sowie große Schülergruppe und interessierte Stuttgarter, die Ausstellung mit folgenden Worten:

„Ich darf Sie heute zu einer Ausstellung begrüßen, die mich sehr nachdenklich und betroffen macht. Wenn wir über politische Gefangene sprechen, dann richten wir im Augenblick unser Augenmerk auf die Türkei und die dort nach dem versuchten Putsch inhaftierten

Menschen. Wir wissen wenig über ihre Haftbedingungen und können nur hoffen, daß sie bald freikommen. Weltweit sind Zehntausende Menschen in Haft, weil sie angeblich Feinde der jeweiligen Systeme sind. Meist stehen sie für die Freiheit des Wortes, die Freiheit des Denkens, die Freiheit des Individuums und gegen Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender und Anderslebender, kurz: Sie verschwinden in Gefängnissen, weil sie sich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Sie sind psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt, die wir kaum ermessen können und die ich mir nicht vorstellen mag. Es ist grauenhaft.

Niemand von uns möchte das am eigenen Leib erleben. Ein düsteres Kapitel ist auch das der politischen Gefangenen in der DDR. Wir tragen als gesamtdeutsche Gesellschaft auch hier gemeinsam die Verantwortung, dies nicht der Vergangenheit

anheim zu geben. Die erlittenen Repressalien wegen angeblicher ‚staatsfeindlicher Umtriebe‘ und deren lebenslange Folgen erlauben kein Wegschauen. Wir tun gut daran, dieses und weitere zutiefst menschenunwürdige Kapitel deutscher Geschichte gemeinsam – historisch, aber auch emotional – aufzuarbeiten.“

Ein Opfer erziehungspolitischer Fehlentscheidungen ist Katrin Büchel. Sie verbrachte dreieinhalb Jahre in verschiedenen Jugendwerkhöfen und Durchgangsheimen, davon sechs Monate in einem der 32 Jugendwerkhöfe der DDR, dem geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Dort wollte man unter Kollektivzwang einen neuen Menschen aus ihr machen oder besser „heranzüchten“, wie sie es nennt. Sie hat über Jahrzehnte geschwiegen. Jetzt verarbeitet sie das Erlebte in Foto- und Videodarstellungen. Sie ist Künstlerin geworden, was sie immer werden wollte,

eine außergewöhnliche Künstlerin und Frau, die sich nicht verbiegen und brechen lies. In ihrer Ausstellung „Dunkelkammer Torgau“ erhält man einen emotionalen Einblick in diese Zeit. In einer Reihe der Porträts macht sie mit fotografischen Mitteln die Seele sichtbar. Das schmerzt teilweise schon beim Betrachten der Bilder, denn die Angst, die Traurigkeit und Hilflosigkeit stehen den jungen Gesichtern auf der Stirn. Eine Kunst-Seelenschau in Fotografien interpretiert.

„Kunst ist meine Form der Aufarbeitung“, sagt Gino Kuhn. In sehr großen Bildern malt er seine seelische Verfassung während der Haft in Cottbus. Er geriet in die Fänge der Stasi und kam in den Tigerkäfig, weil er DDR-Bürgern zur Flucht verhelfen wollte. Er wurde verraten. Nach

seiner Freilassung entdeckte Gino Kuhn, daß Kunst eine Möglichkeit der Aufarbeitung und Therapie sein kann. Erste Zeichnungen entstanden bis hin zu authentischen Bildern, die deutsch-deutsche Geschichte spiegeln und ein Zeichen gegen das Vergessen setzen.

Katrin Büchel und Gino Kuhn sind mit ihren Ausstellungen bundesweit unterwegs, manchmal einzeln oder, wie in Stuttgart, zusammen. Sie setzen sich künstlerisch mit ihrem Leben auseinander. Betroffenheit in Kunst gemalt und gemeißelt von Gino Kuhn, von Katrin Büchel fotografiert und experimentell mit verschiedenen Medien dargestellt. Sie haben ihr Schweigen gebrochen. Kunst ist ihre Sprache.

Kunst als Aufarbeitung der SED-Diktatur – so sind einzigartige Werke entstanden. Die Ausstellung zeigt einen Überblick über ihr Schaffen.

Konstanze Helber



(v.l.) Gino Kuhn, Landtagspräsidentin Aras und Katrin Büchel.

„Da war jedes Mittel recht“

„Gegen PID und PUT: ‚Zersetzung‘ als Strategie infolge der KSZE“ lautete der Titel einer Veranstaltung, die am 28. Juni 2017 in der Landesvertretung Thüringens in Berlin stattfand und vom Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Stiftung Berliner Mauer und der Robert-Havemann-Gesellschaft organisiert worden war.

Im Hauptreferat der Veranstaltung erläuterte Hans-Hermann Lochen, Ministerialrat im Bundesjustizministerium a.D., daß sich hinter der MfS-Abkürzung „PID“ die „politisch-ideologische Diversion“ – die Einflußnahme westlicher Geheimdienste auf die DDR-Gesellschaft – verbarg, wohingegen „PUT“ die „politische Untergrundtätigkeit“ innerhalb der DDR bezeichnete. Lochen führte weiter aus, die inhaltlich zusammenhängende Verwendung des Begriffspaares „PID“ und „PUT“ verdeutliche, daß es aus Sicht des MfS in der DDR keine eigenständige Opposition gegeben habe, sondern diese vom Westen „fremdgesteuert“ gewesen sei.

Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki im August 1975 bemühte sich die DDR verstärkt um internationales Renommee und wandte nun neue, versteckte Methoden bei der Verfolgung politischer Gegner an. Die im Januar 1976 durch Erich Mielke erlassene „Richtlinie Nr. 1/ 76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)“ definiert Maßnahmen der Zersetzung, die zur „wirksamen Bekämpfung subversiver Tätigkeit“ bei

Gruppen und Einzelpersonen Anwendung finden sollten.

Zersetzungsmaßnahmen bildeten den Abschluß eines Operativen Vorgangs und ersetzten Strafverfolgungsmaßnahmen. Lochen schilderte, das MfS habe durch Zersetzung die Aufspaltung oppositioneller Gruppen angestrebt. Durch das Erreichen eines Zustandes der Desorientierung und Lähmung hoffte man, „feindlich-negative Kräfte“ in die Inaktivität zwingen zu können.

Im Fokus standen dabei in besonderer Weise Friedens- und Menschenrechtsgruppen, dissidentische Künstlerkreise, kirchliche Gruppen, unangepaßte Jugendliche. Das MfS ging auch in der Bundesrepublik und West-Berlin mit Zersetzungsmaßnahmen gegen dort lebende ausgebürgerte oder abgeschobene DDR-Oppositionelle vor, die weiterhin die Oppositionsbewegung in der DDR unterstützten. Ins Visier des MfS gerieten ebenfalls Fluchthilfeorganisationen, Kirchenkreise mit Verbindungen in die DDR und westliche Geheimdienste.

Zu den angewandten Zersetzungsmaßnahmen zählte das Erzeugen von Mißtrauen durch Streuen von ehrverletzenden und diffamierenden Gerüchten, z.B. Unterstellung einer Tätigkeit für das MfS. Aber auch berufliche Mißerfolge wurden systematisch herbeigeführt. Das MfS zielte mit einem Katalog verschiedenster Maßnahmen, die einem unsichtbaren Angriff auf die Psyche gleichkamen, auf

die Isolierung der betreffenden Personen. Man bezweckte, daß sie bei der Mitteilung des Erlebten von ihrem Umfeld als paranoid angesehen würden.

Zersetzungspläne waren immer schriftlich auszuarbeiten und den Vorgesetzten vorzulegen. Hans-Hermann Lochen verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Juristische Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche, an der Dissertationen im Fach „Operative Psychologie“ geschrieben wurden. Davon trugen siebzehn Arbeiten den Begriff „Zersetzung“ bereits im Titel.

Als Mittel zur Bearbeitung des Feindes kamen Informelle Mitarbeiter mit Feindberührung (IMB) zum Einsatz. IMB, an die besonders hohe, schriftlich fixierte Anforderungen gestellt wurden und die über ein klares Feindbild verfügen mußten, schürten in Gruppen Konflikte, zettelten fruchtlose Debatten an, bis sie schließlich wieder planmäßig aus den Gruppen herausgelöst wurden.

Im Jahr 1988 war mit 3900 die höchste Zahl an IMB zu verzeichnen.

Lochen erklärte, daß es ab Mitte der 1980er Jahre insgesamt jedoch wieder zu einem Rückgang der Zersetzungsmaßnahmen kam, weil sie zu personal-, zeit- und kostenaufwendig waren und nicht im erwarteten Maße abschreckend wirkten. So betrugen die Kosten für über den Zeitraum von vier Jahren andauernde Zersetzungsmaßnahmen gegen eine Oppositionsgruppe 1 Million DDR-Mark.

Nachdem 1987 der Leiter der MfS-Hauptabteilung IX und der Chef der MfS-Be-



zirksverwaltung Halle (Saale) Kritik an der Unverhältnismäßigkeit der Zersetzungsmaßnahmen geübt hatten, äußerte auch Mielke Kritik an den hohen Kosten. Die Absicht bestand fortan nun eher darin, bisherige Zielpersonen der Zersetzung in den Westen abzuschieben. Auch durch die Zunahme der Ausreiseanträge ab 1984 und den sich daraus für das MfS ableitenden Arbeitsaufwand, so Lochen weiter, ließ sich die Durchführung umfassender Zersetzungsmaßnahmen nicht mehr wie vordem realisieren.

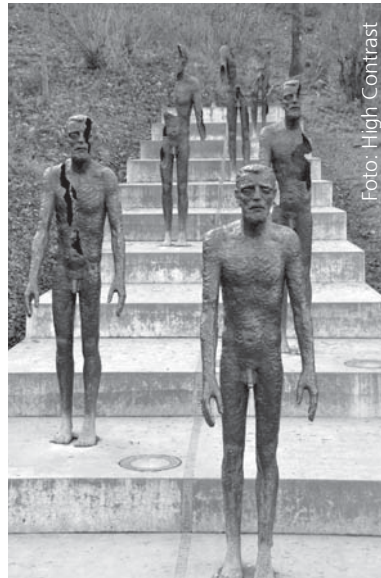
Die ab 1992 mögliche Einsicht in Stasi-Unterlagen zeigte auf, daß in Bezug auf Zersetzungsmaßnahmen nur ein relativ kleiner Anwendungsbereich mit Dokumenten belegbar war. Zu konstatieren ist, daß sich der Umfang der angewandten Zersetzungsmaßnahmen numerisch schwer fassen läßt.

Lochen betonte, Diskriminierungshandlungen seien nur dann als Zersetzung einzustufen, wenn ein schriftlicher Maßnahmenplan vorhanden sei. Mißliebige DDR-Verwaltungsentscheidungen gegen politische Gegner sollten nicht an sich als Zersetzung bezeichnet werden, wenn keine entsprechenden MfS-Dokumente vorlägen. Ebenso trügen nach seiner Auffassung Relegationen von der Erweiterten Oberschule (EOS) oder Exmatrikulationen nicht den Charakter von Zersetzungsmaßnahmen, weil die staatlichen Organe dabei offen in Erscheinung traten und nicht konspirativ vorgingen.

Lochen ordnete Zersetzung als eine gravierende Menschenrechtsverletzung ein, deren Opfern Solidarität und Hilfe zustehe. 1997 sei die Frage an das Bundesjustizministerium herangetragen worden, wie Opfer von Zersetzungsmaßnahmen entschädigt werden könnten. Da es sich um keine einheitliche, sondern in sich differenzierte Gruppe von Betroffenen handelt, die mit individuell jeweils sehr unterschiedlichen Maßnahmen konfrontiert waren, entschied das Bundesjustizministerium, keine gesonderte Entschädigungsregelung zu

veranlassen. Zur Begründung führte Hans-Hermann Lochen auch die Ergebnisse einer Studie über Art und Auswirkung von Zersetzungsmaßnahmen an, die auf der Befragung von Betroffenen fußt.

Diese hinsichtlich der Entschädigungsmöglichkeiten sehr unbefriedigende Situation thematisierte Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer. Feststellbar sei, daß Zersetzungsoffer über keine Lobby verfügten. Hinzuweisen ist



Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus in Prag.

in diesem Kontext aber auch auf derzeit diskutierte Lösungswege, die vorsehen, verwaltungsrechtlich rehabilitierten Zersetzungsoffern den Zugang zu Ausgleichsleistungen analog § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes zu ermöglichen.

Dr. Gerhard Sälter, Historiker und Mitarbeiter im Projekt zur Geschichte des BND, äußerte in der sich anschließenden Podiumsdiskussion die Vermutung, daß in anderen sozialistischen Ländern Zersetzungsmethoden ähnlich wie in der DDR zum Einsatz gebracht wurden.

Zur Frage der Anwendung von Zersetzungsmaßnahmen durch westliche Geheimdienste informierte Dr. Sälter über

ein Programm des FBI, das sich ab Mitte der 1950er Jahre in den USA gegen kommunistische Kräfte, später auch gegen Protagonisten der afroamerikanischen Bewegung und der Antikriegsbewegung richtete. Dabei arbeitete man mit Maßnahmenplänen, die z.B. Desinformationskampagnen vorsahen. Man versuchte auch, Martin Luther King mittels Steuerprüfung mit einem Untreueverdacht zu stigmatisieren. Die Existenz dieses FBI-Programms wurde 1971 bekannt, 1975 setzte der US-Senat einen Untersuchungsausschuß dazu ein.

In der Bundesrepublik ging der Geheimdienst bis in die 1960er Jahre mit Zersetzungsmaßnahmen gegen Mitglieder der „Roten Kapelle“ vor, die im Widerstandskampf gegen das NS-Regime aktiv gewesen waren. Man diffamierte sie und unterstellte ihnen die Zusammenarbeit mit östlichen Geheimdiensten. Dr. Sälter erläuterte, daß diese Zersetzungsmaßnahmen von Personen initiiert wurden, die im NS-Staat wichtige Posten innehatten und nun getrieben von der Angst vor den einstigen Widerstandskämpfern und deren möglicher Einflußnahme in der Bundesrepublik gegen sie agierten. Diese Vorgänge waren bis in die Gegenwart unbekannt und wurden erst jetzt im Ergebnis neuester Forschungen publik.

Nachdenklichkeit, aber auch Bedrückung hinterließ eine sehr persönliche Geschichte, die Rainer Eppelmann, Theologe und von massiven Zersetzungsmaßnahmen betroffener DDR-Oppositioneller, am Ende der Veranstaltung erzählte: Er habe in den 1990er Jahren eine Zeitungsannonce aufgegeben und darin mitgeteilt, daß er mit dem MfS-Führungsoffizier zusammentreffen möchte, der die auf ihn angesetzten 40 IM angeleitet habe. Der Führungsoffizier meldete sich, lud Rainer Eppelmann in seine Wohnung ein und teilte ihm mit: „Ich habe mich nicht zu entschuldigen, Sie waren unser schlimmster Feind, da war jedes Mittel recht!“

Carola Schulze

Arbeitstreffen

Der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, begrüßte am 5. Juli 2017 Vertreter von 20 Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen und informierte über die kürzlich vollzogene Transformation sei-

ner Behörde vom Justizministerium zum Sächsischen Landtag, die bis auf kleine technische, aber lösbarer Probleme abgeschlossen sei. Er gab bekannt, daß die stellvertretende sächsische Landesbeauftragte, Dr. Nancy Aris, vor kurzem in den Beirat der BStU gewählt wurde und stellte der Runde den neuen Mitarbeiter, Historiker Maximilian Heidrich, vor.

Das neueste Buch von Nancy Aris – „Das läßt einen nicht mehr los“, dessen Erstauflage bereits vergriffen ist, wird gerade wieder neu aufgelegt. Es basiert auf 21 Interviews mit ehemaligen Häftlingen des NKWD und der Stasi. Utz Rachowski und Ralf Marten hatten die Interviews mit ehemaligen Opfern geführt. Rathenow merkte an, daß er die Gründung einer

Stiftung „DDR-Zwangsarbeit“ durch die Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sehr begrüße.

Utz Rachowski, externer Berater des Landesbeauftragten, berichtete, daß in diesem Frühjahr 730 Bürger Sachsens das Beratungsangebot in neun Städten wahrnahmen, es bestehe also nach wie vor reges Interesse an strafrechtlichen und beruflichen Rehabilitierungen.

Gute Nachrichten konnte Christian Bürger zur Situation Kaßberg-Gefängnis vermelden. Der „Verein Lern- und Gedenkort-Kaßberg“ hat wieder eine Zukunft, nachdem der Freistaat kürzlich bestätigte, die Einrichtung einer Gedenkstätte bei den momentanen Verkaufsverhandlungen des Geländes der ehemaligen Haftanstalt zu berücksichtigen. Der „Kaßberg“ in Chemnitz war das größte Untersuchungsgefängnis der DDR, von hier aus wurden zwischen 1963 und 1989 ca. 30 000 „Häftlingsverkäufe“ an die Bundesrepublik abgewickelt. Der ehemalige Komplex sollte zum Wohnpark umgestaltet werden – ähnlich, wie vor Jahren der Frauenkust von Schloß Hoheneck in Stollberg, wo bereits mit der Idee eines „Erlebnishotels“ spekuliert worden war. Nach Protesten ehemaliger Häftlinge bestehen gute Aussichten auf Einrichtung einer vom Freistaat und Bund finanzierten Gedenkstätte als authentischer Erinnerungsort auf dem Gelände.

Heike Knechtel aus Leipzig vertrat den Doping-Opfer-Hilfe e.V. Sie wertete

das Engagement des Vereins in Dresden, Leipzig und Chemnitz aus, wobei eine beachtliche Außenwirkung erzielt werden konnte, z. B. die Fristverlängerung des 2. Dopingopferhilfegesetzes. In diesem Zusammenhang wies Lutz Rathenow auf politische Interna der parallel geführten politischen Diskussionen über die Entfristung der Reha-Gesetze nach 2019 hin.

Nancy Aris berichtete von einer Veranstaltung für Zivilpersonen, die in sowjetischen Straflagern Zwangsarbeit verrichten mußten. Bislang seien 25 000 Anträge auf Entschädigung gestellt worden. Da die Antragsfrist bereits Ende 2017 ausläuft, sollten die inzwischen älteren Herrschaften schnellstens noch Ansprüche anmelden.

Mitarbeiterin Martina Pohl informierte, daß sie mit einer Gruppe Frauen im Erzgebirge verabredet sei, die als Patientinnen Opfer der SED-Politik wurden. Diese Frauen waren Ende der 70er Jahre mit kontaminiertem Anti-D-Immunglobulin geimpft worden, das eine Hepatitis-Erkrankung mit schlimmen chronischen Folgen nach sich zog. Die Vorfälle wurden in der DDR vor der Öffentlichkeit vertuscht. Zwar gebe es seit 2000 ein Anti-D-Hilfegesetz, aber die Anträge der betroffenen Frauen auf Entschädigung würden zumeist abgelehnt bzw. es folgten lange Klagewege.

Horst Krüger und Johannes Österhelt bemängelten, daß die Öffentlichkeit viel zu wenig über die unmittelbare Zeit

nach Kriegsende erfahre. Krüger war bei der Verhaftung bald nach Kriegsende 16, Österhelt Anfang 20, beide mußten viele Jahre in NKWD-Haft verbringen. Unzählige Menschen wurden auch noch in die Sowjetunion als Arbeitsklaven verschleppt, wie Österhelt.

Anmerkung: Ab April/Mai 1945 wurden sogleich an die 180 000 Menschen meist willkürlich durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet, auch Kinder ab 12 und alte Menschen von 80 Jahren. Die sowjetischen Besatzer nutzten damals die KZ- und Gefängnisinfrastruktur der Nazis, und zwar für 10 sogenannte Speziallager in der SBZ westlich Oder/Neiße. Das Gebiet östlich der Oder wurde bereits im Januar 1945 eingenommen, die Sowjets richteten hier 28 Lager ein, in Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen. Es gibt noch viel Aufarbeitungsbedarf.

Sybille Krägel

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Erinnerung an die „Werwolftragödie“

20. Gedenkveranstaltung in Malchow am 7. Juli 2017

Bereits am Vortag der Gedenkveranstaltung fand in der „Werleburg“ bei einer Kaffeerunde die Zusammenkunft von 26 Überlebenden, Angehörigen der Toten, Schicksalsgefährten, Freunden sowie dem Bürgermeister der Stadt Malchow, René Putzar, mit anregenden Gesprächen statt. Eröffnet wurde die Runde musikalisch von einer Schülerin der Malchower Musikschule. Anschließend informierte der Bürgermeister über fertiggestellte Projekte und geplante Vorhaben der Stadt. Am 7. Juli wurde die Gedenkveranstaltung am Gedenkstein in der Gartenstraße, die immer im Rahmen des Malchower Volksfestes stattfindet, eröffnet durch das Bläserquintett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg.

Danach begrüßte der Bürgermeister die Teilnehmer.

Grußworte hielten anschließend Joachim Krüger, Vorsitzender der AG Sachsenhausen, Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender, May-Britt Krüger, stellvertretende VOS-Vorsitzende, Dr. Matthias Buchholz, Bundesstiftung Aufarbeitung, Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees und Kindheit hinter Stacheldraht e.V. Bemerkenswert war, daß alle Grußredner treffende Worte zur „Werwolftragödie“ fanden.

Die anschließende Gedenkrede hielt der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg. Er verwies dabei auf die

Mitschuld der DDR am Schicksal der Jugendlichen: „Bemerkenswert ist, daß viele der gefangenen Jugendlichen nach Auflösung der sowjetischen Speziallager im Jahre 1950 nicht etwa endlich nach Hause entlassen werden, sondern von den Organen der DDR übernommen und in berüchtigte Zuchthäuser wie Bautzen oder Untermaßfeld gesteckt wurden.“

Schülerinnen und Schüler der Fleesensee-Schule Malchow lasen dann Auszüge von Reden, die Rahmen von Gedenkveranstaltungen in Sachsenhausen, Malchow und Penzlin gehalten wurden und trugen ein Gedicht des Malchower Überlebenden Detlev Putzar vor. Nach der Predigt von Pastor Eckard Kändler wurden Gebinde und Kränze am Gedenkstein niedergelegt. Wie jedes Jahr lud Familie Halbig noch zu Kaffee und Kuchen auf das Gelände der Villa Blanck ein.

Horst Vau

UOKG-Tagung

Vorwärts – und schon vergessen?
Der Kommunismus und seine verdrängten Opfer

Zeit: **Sonnabend, 7. Oktober 2017,**
10.30 bis 18.30 Uhr

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Straße 119
(Ecke Gartenstraße), 13355 Berlin

Die Tagung widmet sich der Frage, in welcher Form das Schicksal politisch Verfolgter in der Gegenwart präsent ist und künftig stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden kann. Die Vorstellung positiver Beispiele von Aufarbeitungsinitiativen, Medienvertretern und Künstlern soll Anregungen liefern und Aufforderung zum Mittun sein.

Programm

10.30 Uhr – Begrüßung: Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender, Dr. Christian Sachse, Initiative Mahnmal für die Opfer des Kommunismus

11.00 Uhr – Panel 1: „Erinnern an die Vergangenheit, Mahnen für die Zukunft – Die Medien als Begleiter“, Isabel Fannrich-Lautenschläger, Journalistin (u.a. Deutschlandfunk), Sven Felix Kellerhoff, Autor, Journalist (u.a. Die Welt), Achim Reinhardt (Report Mainz), Moderation: N.N.

12.00 Uhr – Vorstellung der ausstellenden Künstler und ihrer Präsentationen: „Im Tigerkäfig der Stasi“, Gino Kuhn, „Dunkelkammer Torgau“, Katrin Büchel

12.15 Uhr – Kaffee- und Imbißpause

13.00 Uhr – Panel 2: Initiativen gegen den Strom.

„1945 verschwunden – aber nicht vergessen. Die Aufarbeitung des NKWD-Lagers Tost“, Sybille Krägel, Initiativegruppe Lager Tost, „Die politische Bildungsarbeit des Verbandes ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)“, Dr. Peter Moeller, VERS, „Das Zeitzeugenportal deutscher Gulag-Häftlinge workuta.de. Die 2. Generation hilft Erinnerungen und Zeugnisse zu bewahren“, Stefan Krikowski, Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

14.30 Uhr – Panel 3: Gedenkstätten, ein Mahnmal und andere Formen des Gedenkens

„Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und ihr kommunales Umfeld“, Bettina Klein, Gedenkstätte GJWH Torgau

„Grabe, wo Du stehst. Das Denkzeichen für die im NKWD-Keller Prenzlauer Berg Inhaftierten“, Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen a.D. (angefragt)

„Der Kampf um ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus“, Stephan Hilsberg, Initiativegruppe Mahnmal für die Opfer des Kommunismus, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

16.00 Uhr – Kaffeepause

16.30 Uhr – Panel 4: Im ehemaligen Ostblock

„Die Wahrnehmung der Opfer in Osteuropa“, Dr. Neela Winkelmann, Platform of European Memory and Conscience

17.00 Uhr – Panel 5: SED-Opfer in der künstlerischen Auseinandersetzung

„Kaputt/Broken“ – Film über das Frauengefängnis Hoheneck, Volker Schlecht, Alexander Lahl, Max Mönch, Autoren des Films

„Bleibender Widerstand. Film – Feature – Forschungsprojekt“, Gabriele Stötzer, Schriftstellerin

„Von zärtlichem Grün und heilenden Wunden – Vorstellung neuer Lieder und Projekte“, Dr. Karl Heinz Bombberg, Liedermacher und Psychotherapeut

18.30 Uhr – Ausklang und Verabschiedung

Im Rahmen der Veranstaltung werden ganztägig Bilder der Künstler Gino Kuhn und Katrin Büchel präsentiert.

Veranstalter: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. und Initiativegruppe Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Zusammenarbeit mit der Stiftung Berliner Mauer. Die Veranstaltung wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die zweite Generation übernimmt

In den vergangenen Jahren wurde auf den Jahrestreffen der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion wiederholt diskutiert und gerungen, wie die Zukunft dieser Lagergemeinschaft aussehen könnte, weil der jüngste der noch lebenden Zeitzeugen mittlerweile 85 Jahre alt ist. Während des diesjährigen Jahrestreffens der Lagergemeinschaft vom 8. bis 10. Juni in Berlin hat der ehemalige Vorsitzende der UOKG und langjährige Sprecher der Lagergemeinschaft, Horst Schüler, aus gesundheitlichen und altersbedingten Gründen das Amt des Sprechers niederlegt. Die Lagergemeinschaft hat daraufhin einstimmig mich, Stefan Krikowski, zu ihrem neuen Sprecher ernannt.

Ich danke Horst Schüler und der gesamten Lagergemeinschaft für dieses Vertrauen.

Diese Entscheidung bedeutet eine Zäsur, weil erstmals nicht Zeitzeugen selbst ihre Interessen vertreten. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten für das Wachhalten ihrer Leidensgeschichten werden in die Hände der zweiten Generation gelegt.

Mein Vater, Johannes Krikowski, wurde als junger Student der ABF-Greifswald 1951 von der Staatssicherheit verhaftet und im März 1952 von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen antisowjetischer Propa-

ganda und illegaler Gruppenbildung (Art 58-10 und 11 des StGB der RSFSR) zu 25 Jahren Arbeitsbesserungslager verurteilt. Von 1952 bis 1955 mußte er Zwangsarbeit in Workuta verrichten. Im Dezember 1955 wurde er nach West-Berlin entlassen. Danach folgten Heirat, Familiengründung und – nach dem Mauerbau – Umzug ins Rheinland nach Düsseldorf.

Kindheit und Jugend verbrachte ich in Düsseldorf. Über meiner Kindheit – und ebenso der meiner Schwester – hing eine Dunstglocke, welche aus Lager, Haft und GULag bestand. Die Zersetzungsmaßnahmen der Stasi und des NKWD und die langjährige Lagerhaft hatten die Seele und den Körper meines Vaters ruiniert. Anfang der 1980er Jahre zog ich nach Berlin, studierte Pädagogik

und Sozialarbeit. Seit über 24 Jahren betreue ich Menschen mit geistiger Behinderung.

Nach seiner Pensionierung habe ich meinen Vater ab Mitte der 1990er Jahre regelmäßig zu den Treffen der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion begleitet. Die Begegnungen mit so vielen Schicksalsgefährten meines Vaters haben mich geprägt, ihre Geschichten über Widerstand, staatliche Willkür, Unrechtsurteile und Entbehrungen im fernen GULag. Sie haben mich gelehrt, daß der demokratische Rechtsstaat und die Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind und nicht hoch genug geschätzt werden können. Diese GULag-Überlebenden haben ein großes Sensorium für die Verletzlichkeit des demokratischen Rechtsstaates und besitzen ein Gespür für Gefahren durch radikale politische

Kräfte, welcher Couleur auch immer, die den freiheitlichen Rechtsstaat bedrohen. Sie wissen um das hohe Gut der Freiheit.

Erinnerung braucht Namen und Gesichter. Nur so können wir die ehemaligen GULag-Häftlinge dem Vergessen entreißen und im nationalen Gedächtnis verorten. Eine meiner Aufgaben ist es, das Erbe dieser Zeitzeugen zu bewahren, welches das Unrecht des Kommunismus aufzeigt. Ein erster Schritt war das Zeitzeugen-Portal www.workuta.de, welches 2013 freigeschaltet wurde. Mittlerweile sind 43 Biographien von Deutschen, die von Mai 1945 bis 1953 in der SBZ/DDR verhaftet und dort von einem sowjetischen Militärtribunal nach russischem Strafrecht (Art. 58) zu langjährigen Strafen im sowjetischen GULag verurteilt wurden, veröffentlicht.

Ich danke Horst Schüler für seinen großen und verdienstvollen Einsatz für die Lagergemeinschaft. Ich bin dankbar, daß Edda Ahrberg mir mit ihrem Fachwissen und organisatorischen Talent zur Seite stehen wird. Ebenso unterstützen mich Anne Drescher und weitere Mitstreiter der zweiten Generation, um die Arbeit der Lagergemeinschaft Workuta langfristig zu sichern und fortzuführen.



Foto: Privat

Stefan Krikowski.

Stefan Krikowski

Leserbrief

Offener Brief

der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF)
an die Vorsitzende der CDU, Angela Merkel

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in Heft 30/2017 der Zeitschrift SUPERillu war eine Kolumne von Arnold Vaatz zu lesen, in der sich der Verfasser in aller Allgemeinheit gegen die Personengruppe derer richtet, die in der Zeit der Teilung Europas ihren Widerstand gegen die SED-Herrschaft durch Flucht oder Ausreise zum Ausdruck gebracht hatten.

In der ehemaligen DDR sind diese Menschen als „Republikflüchtige“ diffamiert worden, die ihren Staat (die DDR) verraten und sich dem Klassenfeind (der BRD) angedient hatten.

Der Erfolg der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 ist nicht denkbar ohne die vorbereitende Wirkung von Flucht und Ausreise. Es ist unbestritten, daß die Fluchtbewegung aus der DDR die DDR-spezifische Form einer Bürgerbewegung war.

Noch am 30.09.1999 hatte Arnold Vaatz dem Tagesspiegel gegenüber freundlich anerkennende Worte gefunden: „Jenen, denen Freiheit wichtiger war als Geld und Gut, Heimat und die Nähe zu Freunden,

ist viel zu verdanken. Ohne sie wäre uns die DDR erhalten geblieben.“

Am 24.07.2017 bezeichnet Vaatz in der SUPERillu ebendiese Menschen als eigensüchtige Wirtschaftsflüchtlinge, die ihre alten Eltern im Stich ließen, um sich im Westen eine fette Rente zu sichern. Mit seiner Darstellung bedient er ein Klischee, das in unzureichend informierten Kreisen der Bevölkerung gepflegt wird.

Arnold Vaatz hat die SUPERillu als Podium gewählt, um die Personengruppe der ehemaligen DDR-Flüchtlinge und Ausgereisten vor dem gewaltigen Leserkreis einer weit verbreiteten Zeitung zu verunglimpfen. Schließlich ist die SUPERillu in ihrer Selbstdarstellung „die größte Kaufzeitschrift in Ostdeutschland und die Plattform für alle, die das Land und seine Menschen lieben“.

Bereits sein pauschales Urteil über die Motivation für die risikoreiche Entscheidung für Flucht und Ausreise erfüllt den Tatbestand der Beleidigung. Die für die Betroffenen verhängnisvollen Folgen der vom Gesetzgeber nicht gewollten Einbeziehung der DDR-Altübersiedler in den Prozeß des Beitritts der DDR stellt

A. Vaatz bewußt sinnentstellend in ein falsches Licht.

Die Leser der „Plattform für alle, die das Land und seine Menschen lieben“, werden durch das von Vaatz verfaßte Pamphlet darüber belehrt, daß es sich bei den DDR-Flüchtlingen um eigensüchtige, ihre Familien im Stich lassende Wirtschaftsflüchtlinge handelt, die im Gegensatz zu den in der DDR Gebliebenen eine fette Westrente bekommen und dennoch unfrieden sind. Es sei „geradezu peinlich“, daß sie sogar das Bundesverfassungsgericht bemühen, um „eine Belohnung für widerständiges Verhalten einzufordern“.

Die ganze Kolumne ist eine Mischung aus fake news und hate speech, die pauschal zu Lasten einer konkret definierten Bevölkerungsgruppe geht und damit eine Spaltung der Gesellschaft herbeiführt.

Arnold Vaatz ist Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Union. Sein Statement hat er folglich auch als Funktionär der Christlich Demokratischen Union abgegeben.

Der Vorstand der IEDF fordert eine öffentliche Entschuldigung für diese Diffamierung sowie von der Parteiführung der CDU eine Distanzierung von den Vaatz'schen Ausführungen.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Suchanzeige**Gesucht wird...**

... ein ganz bestimmter ehemaliger politischer Häftling von der StVE Cottbus. Er war im Frühjahr 1985 in Cottbus im Erziehungsbereich 5 oder 7 des Hafthauses 1 inhaftiert und trug die Initialen F.T. Wie lange er überhaupt in Cottbus eingewiesen hat und warum, wissen wir nicht. Aber erst einmal der Reihe nach.

Häftlinge konnten beim Erzieher in ihrem Erziehungsbereich eine Zeichenerlaubnis beantragen. Wenn diese genehmigt wurde, erhielten sie einen Zeichenblock mit 16 Blatt Papier. Das Deckblatt war mit dem Stempel der StVE und dem Signum des Erziehers versehen, da er ansonsten bei der nächsten Haftraumkontrolle eingezogen wurde. Wenn der Block voll war, mußte er zurückgegeben werden. Da Häftlinge bei der Entlassung außer ihren persönlichen Sachen aus der Zeit der Verhaftung nichts weiter mitnehmen durften, mußten die Zeichnungen nach der Rückgabe vernichtet werden. Wem wären sie auch sonst von Nutzen gewesen?

Nicht so im Falle des hier gesuchten Häftlings. Im Zeitraum Februar – April

1985 zeichnete er zwei volle Blöcke mit künstlerisch wunderschönen Motiven. Darunter sind einige namentlich genannte Haftkammeraden mit ihrer Zellennummer, sehr ausdrucksstarke symbolische abstrakte

oder sogar politische Motive, aber auch Landschaften. Unter jeder dieser Zeichnungen sind seine Initialen F.T. zu lesen. Sein ehemaliger Erzieher war von der Qualität der Zeichnungen sehr beeindruckt und vernichtete sie nicht nach der Rückgabe, sondern behielt sie bis zum heutigen Tag. Als Erinnerung an die menschliche Seite des Unrechts, an diesen Mann oder hatte er die Hoffnung gehabt, ihn einmal wieder zu treffen?

Die DDR und das System der politischen Verfolgung ihrer Bürger sind zusammengebrochen. Für die Menschen, die zu Unrecht inhaftiert wurden, sind vielfach schlimme bleibende Schäden fürs Leben und Erinnerungen infolge der Haft geblieben.

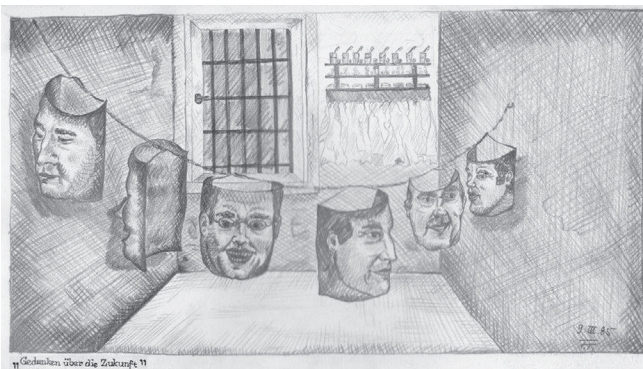
Aber wie ist es mit den ehemaligen Bediensteten der Gefängnisse? Viele schweigen, mußten sich im neuen System umorientieren, schauen nach vorne und nicht nach hinten, andere hetzen in der Öffentlichkeit gegen die Häftlinge und sind uneinsichtig. Es gibt aber doch auch einige wenige, die über das frühere und das jetzige System nachdenken, ihr Schweigen brechen und das Gespräch mit uns suchen. So kam vor wenigen



Wochen der ehemalige Erzieher des EB 7 zum Menschenrechtszentrum Cottbus und erzählte von früher, mehrmals und stundenlang. Eines Tages packte er aus seiner Tasche die Zeichnungen des Häftlings F.T. Da sie ihm gehören, wollte er sie ihm nun nach über 32 Jahren zurückgeben, sagte er nachdenklich.

Wer ist F.T.? Wer kennt diese Zeichnungen oder wurde gar von ihm porträtiert? Wo ist er? Lebt er noch? Wer kennt ihn, hat Kontakt zu ihm oder kann uns einen wichtigen Hinweis geben, damit wir ihn finden? Vielleicht ist F.T. krank und traumatisiert. Vielleicht hilft ihm die Rückgabe seiner Zeichnungen ein bißchen, sein Trauma zu lindern, indem wir ihm eine völlig unerwartete Freude machen. Wer weiß? Helfen Sie bitte mit! Wir nehmen jeden weiterführenden Hinweis gerne entgegen. Wenn F.T. selbst diese Zeilen liest und sich meldet, wäre das sogar noch schöner.

Kontakt: Sylvia Wähling, Geschäftsführende Vorsitzende, Menschenrechtszentrum Cottbus, Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus, Tel. 0355-290133-11, sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de

**Stiftungsverein gegründet**

(uokg) Am Rande des UOKG-Verbandstreffens am 24. und 25. Juni 2017 in Berlin wurde der Verein „Stiftung DDR-Zwangsarbeit“ gegründet.

Im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung hatten die Verbände und Initiativen der UOKG diesen Beschluß gefaßt, in dem es u.a. heißt:

„Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand, einen eigenständigen Stiftungsverein ins Leben zu rufen, der dazu dienen soll, finanzielle Mittel aus öffent-

licher und privater Hand zu generieren, um damit die Besserstellung und Unterstützung für ehemalige Zwangsarbeiter in der SED-Diktatur zu ermöglichen.“

Der Verein hat also u.a. die Aufgabe, materielle Hilfe für Opfer der durch die SED-Diktatur zu verantwortenden Zwangsarbeit für politische Häftlinge in der ehemaligen DDR zu leisten. Um das zu erreichen, muß er aber zunächst finanzielle Mittel einwerben. Es ist also damit zu rechnen, daß erst in geraumer Zeit jene Hilfe möglich ist.

Die Politik ist bis jetzt diesem Thema beharrlich ausgewichen, obwohl das Ausmaß der Ausbeutung und der gesundheitlichen Schäden bekannt waren und sind. Die Studie im Auftrag der Deutschen Bahn über den Einsatz politischer Häftlinge als Zwangsarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn hat das erschütternde Ausmaß der Menschenverachtung zutage gebracht.

Gesundheitliche Schäden bei ehemaligen Zwangsarbeitern können nicht geltend gemacht werden, weil Unfälle und Gesundheitsschäden von politischen Zwangsarbeitern nicht dokumentiert wurden, was in einer Diktatur nicht wundert.

Veranstaltungen

26.9. (Di), 18.00 Uhr:

Diktatur und Demokratie im Unter-richt: Der Fall DDR, Buchpräsentation mit Podiumsdiskussion, im Podium: Sibylla Hesse, Waldorfschule Potsdam, Thomas Grüßing, Carl-Bosch-Schule Berlin, Christian Schmidt (angefragt), Friedrich-List-Schule Wiesbaden, Dr. Christian Elben (angefragt), Gymnasium in Nyon und Dozent an der Universität Lausanne; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

26.9. (Di), 19.00 Uhr:

Buchpremiere **„Die Oderberger Straße“** v. Nadja und Freya Klier, Anmeldung bis 22.9. unter mail@bebra-verlag.de, vorher Führung durch das Stadtbad von 17 bis 18 Uhr; Veranstaltung d. be.bra verlag u.a.; Ort: Stadtbad Oderberger Straße, Oderberger Straße 57, 10435 Berlin

26.9. (Di), 19.00 Uhr:

Ein neues Recht für das 20. Jahrhundert. Das humanitäre Völkerstrafrecht, Vortrag; Veranstaltung des DIZ Torgau, Ort: DIZ Torgau, Schloß Hartenfels, Flügel B, 2. Etage

27.9. (Mi), 19.00 Uhr:

Die Hauptabteilung IX – Recht als Instrument der Stasi, Kurzvortrag v. Roger Engemann, Historiker BSTU, Diskussion mit Hans Hermann Lochen, Jurist, Ministerialrat a.D., Dr. Katrin Passens, Historikerin Gedenkstätte Berliner Mauer, Dr. Roger Engemann, Mod. Dr. Falco Werkentin, Soziologe; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Was war die Stasi? Funktion, Tätigkeit u. Bedeutung“; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, Berlin-Wedding

28.9. (Do), 18.00 Uhr:

Europa und die Deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Buchpräsentation und Podiumsdiskussion, im Podium: Deborah Cuccia, Universität Florenz, György Dalos, Schriftsteller u. Historiker, Maximilian Graf, Europäisches Hochschulinstitut Florenz, Bernd Greiner, Berliner Kolleg Kalter Krieg, Horst Teltschik, 1989/90 Sonderbeauftragter d. Bundesregierung für die Verhandlungen mit Polen; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.10. (Mi), 18.00 Uhr:

Staatssicherheit an der Charité. Der IM „Harald Schmidt“ und die „Sicherheitspolitik von Partei und Regierung“ an der Charité 1972 bis 1987, Buchpräsentation mit Autorin Dr. Jutta Begenau, Soziologin am Institut für Medizinische Soziologie; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der

Abschied

Ursula Rumin ist am 15. Juni 2017 im Alter von 93 Jahren in einem Kölner Seniorenheim verstorben. Geboren 1923 in Niederschlesien, 1946 aus ihrer Heimat vertrieben, war Ursula Rumin, nach einer kurzen Karriere als Tänzerin, seit Anfang 1950 als (Film-) Journalistin in West- und Ost-Berlin tätig. Im September 1952 wurde sie im Zusammenhang mit ihrer Drehbuch-Arbeit bei der DEFA und (u.a.) infolge einer Denunziation vom russischen Geheimdienst verhaftet. Nach Folterverhören im Kellergefängnis von Berlin-Karlshorst wurde sie aufgrund eines im Dezember ausgesprochenen SMT-Urteils wegen angeblicher Spionage und „konspirativer Zusammenarbeit mit dem Feind“ zu 15 Jahren Zwangsarbeit nach Workuta deportiert.

Anders als die meisten Workuta-Häftlinge hatte Ursula Rumin das Glück, aufgrund einer Amnestie (im Vorfeld der Verhandlungen Adenauers in Moskau) bereits im Dezember 1953 aus dem Lager, wo sie acht leidvolle Monate – im „Roten Ofen“, der Ziegelei auf dem Holzplatz beim Eisenbahnbau – verbracht hatte, nach Hause zurückkehren zu können.

Auf dem Heimkehrer-Transport lernte sie in einem Sammellager in der Ukraine den politisch engagierten Arzt und ehemaligen Häftling Joseph Schölmerich (Scholmer) kennen, der nach dreieinhalb Jahren Zwangsarbeit in Workuta – und als aufmerksamer Beobachter des Streiks im Sommer 1953 – bereits im Herbst 1954 das Buch „Die Toten kehren zurück. Bericht eines Arztes aus Workuta“ veröffentlichte. Von April 1954 bis Juni 1959 waren die beiden Rußland-Heimkehrer ein Ehepaar.

Ursula Rumin siedelte nach dem Mauerbau 1961 von West-Berlin nach Köln über, wo sie zunächst beim WDR und dann, bis zu ihrem Ruhestand, sehr erfolgreich als Redakteurin im Fernsehbereich der Deutschen Welle beschäftigt war. Für ihre engagierte Arbeit im Ressort „Frauen und Familie“ erhielt sie 1983 den Bundesverdienstorden.

Ab Ende der 1990er Jahre machte Ursula Rumin es sich zur Aufgabe, in mehreren Büchern als Zeitzeugin über ihre wechselvolle Lebensgeschichte, dabei insbesondere über ihr Haft- und Lagerschicksal und das anderer Frauen, zu schreiben und aufzuklären. 2005 erschien ihr Buch „Im



Foto: Privat

Ursula Rumin im März 2016.

FrauenGULag am Eismeer“, basierend auf einem bereits in den späten 1950er Jahren verfaßten Manuskript. Im Jahr zuvor war die bereits über 80jährige Autorin mit einem Filmteam noch einmal nach Workuta gereist, um als Zeit- und Augenzeugin an einem Dokumentarfilm mitzuwirken.

2010 veröffentlichte Ursula Rumin unter dem Titel „Die Hölle um uns“ ein ursprünglich als Filmdrehbuch konzipiertes und nun zu einem dokumentarischen Roman umgeschriebenes Buch über den Streik in Workuta. Sie hat in zahlreichen Veröffentlichungen wichtige Aspekte der Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts dokumentiert, vor allem im Blick auf die Situation von Frauen. Ihr eigener, bewußt offensiver Umgang mit belastenden Lebenserfahrungen vermag ähnlich Betroffenen Mut zu machen. Nicht zuletzt ist zu würdigen, daß Ursula Rumin sich bereits unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus dem Lager vielfach „im Stillen“ für noch in Haft befindliche Leidensgefährtinnen engagierte: so etwa als Ansprechpartnerin und Kontaktperson für das Rote Kreuz und als hilfreiche Freundin Erica Wal-lachs, mit der sie bis zu deren Tod (1993) freundschaftlich verbunden blieb.

Gerd Laudert

Richtigstellung

(st) In Ausgabe 6/2017, S. 10 steht der Satz: „Ab 2019 enden die Antragsfristen für die SED-Opferrente“. Richtig ist, daß 2019 die Antragsfristen für Rehabilitierungen enden.

Auf S. 16, „Neuer Landesbeauftragter“, ist zu lesen, daß der neue Beauftragte deutlich mehr Aufgaben bekommt. Dies ist nach einer Auskunft aus der Behörde des Berliner LStU nicht der Fall.

Politische Karikaturen

Über manche Aphorismen sagt man, sie verkündeten so viel Weisheit wie ein 400seitiges Buch. Dies dürfte im Hinblick auf Karikaturen nicht anders sein. Karikaturen lassen Zeitgeschichte erinnern.



Ulrich Schnakenberg (Hg.): *Der Kalte Krieg in Karikaturen. Eine visuelle Geschichte des Ost-West-Konflikts. Karikaturen von Fritz Behrendt*, Wochenschau Verlag, Schwalbach 2017, 184 S., 14,90 €

Die Geheimrede des sowjetischen Parteichefs Chruschtschow in den 50er Jahren, in welcher dieser vermeintlich mit den Verbrechen Stalins abrechnet, wurde durch den Zeichner Fritz Behrendt insofern in die jüngere Geschichte des Kommunismus eingeordnet, als ein Chruschtschow einen zweiten Chruschtschow am Schlafittchen packt und vom Roten Platz schmeißt. „Solschenizyn ist eine Gefahr für Partei und Staat“, ist eine Karikatur unterschrieben, in welcher der Literatur-Nobelpreisträger und ehemalige Gulag-Häftling dem Genossen Breschnew, Nachfolger Chruschtschows, einen Spiegel vorhält: Im Spiegelbild ist Stalin zu sehen.

Karikaturen bringen Grundsätzliches auf den Punkt. „Freie Wahlen in der Zone? Jeden Tag aufs neue.“ Menschenmassen gehen in dieser Karikatur vor dem 13. August 1961 durch das Brandenburger Tor in den Westen. Die Berliner Mauer erscheint nicht nur als eine Art Staatsgrenze, sondern als Sperrwand eines Konzentrationslagers. „Vorwärts im Geiste von Marx“, aber an dem Denkmal von Marx ziehen Chruschtschow, Hodja, Tito und Mao – jeder in eine andere Richtung, jeder will das Denkmal in andere Richtung fallen lassen. Im Jahr 2004 zeichnete Behrendt sechs Denkmäler (Marx, Lenin, Stalin, Ceaușescu,

Mao, Castro), allerdings in fünf Fällen nur Stümpfe. Ausschließlich Fidel Castro steht noch auf dem Sockel: „Der letzte der roten Mohikaner“. Man ist sofort an den Aphorismus des Polen Stanisław Jerzy Lec erinnert: Wenn man Denkmäler „schleift“, solle man keinesfalls die Sockel vergessen.

Das vorliegende Buch mit Karikaturen von Fritz Behrendt ist einerseits gezeichnete Zeitgeschichte, andererseits politische Philosophie. „Behrendt setzte sich mit aller Kraft für die Befreiung der Völker östlich des Eisernen Vorhanges ein“, so steht es kurz und knapp im Kommentar. Naheliegender, daß er die polnische Gewerkschaft Solidarność ins Bild setzt, daß er dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in seinen Karikaturen dankt. Im Jahre 1985 zeichnete er ein Bild zu 1945: Treffen amerikanischer und sowjetischer Soldaten bei Torgau, und zu 1985: Treffen von Reagan und Michael Gorbatschow. 1988 zeichnete er „Gorbatschow und Reagan bauten gegenseitiges Mißtrauen ab.“ Noch kurz vorher kennzeichnete er die Situation, die als Gleichgewicht des Schreckens bezeichnet wurde: Mehrere Staatsführer mit Schildern. „Frieden, Paix, Peace, Mir“, dahinter eine Galerie von Atomraketen.

Im April 1945 zeichnete Behrendt nach der Entlassung aus der NS-Haft die Todeszelle in Amsterdam. Nachdem er anfangs in der DDR eine positive Zukunft zu sehen vermeinte, kam er wie viele, die ursprünglich an einen demokratischen Aufbruch glaubten, in politische Stasi-Haft. Die Zeichnung einer Haftzelle mit einem Gefangenen hinter Gittern und der Unterschrift „Volkskammer und der Unterschrift „Volkskammer“ stammt nicht von Fritz Behrendt und ist auch nicht im Buch enthalten, aber sie könnte die gezeichneten Erfahrungen Behrendts abrunden.

Das Buch „Der Kalte Krieg in Karikaturen“ ist jeder Schulbibliothek zu empfehlen. An fast jeder Karikatur Fritz Behrendts können Fragen zur jüngeren internationalen politischen Geschichte und vor allem auch zur deutschen Teilungsgeschichte erörtert werden. Sehr gelungen die Auswahl der Karikaturen, gut formuliert die Begleittexte – sehr empfehlenswert, das Buch!

Bernd Lippmann

Veranstaltungen

Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

5.10. (Do), 18.00 Uhr:

Appraising the „propaganda state“: **Soviet Media from 1917 to the present**, Ref. Prof. Dr. Marsha Siefert, Central European University Budapest, in englischer Sprache; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.10. (Fr) bis 9.10. (Mo), 18.00–24.00 Uhr:

Lichtprojekt „Hortchurm an der Ohrenburg“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale Leipzig zwischen Dittrichring und Großer Fleischergasse

9.10. (Mo), 14.00 Uhr:

Buchvorstellung **„Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“** mit Autor Peter Wensierski u. Führung durch die Sonderausstellung; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte in der „Runden Ecke“, ehemaliger Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

9.10. (Mo), 20.00–23.00 Uhr:

Lange Ausstellungsnacht – Zeitgeschichte an Original-Orten; 20.00–23.00 Uhr: ständige Führungen; 21.00 u. 22.00 Uhr: Führungen durch die Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Treffpunkt: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, ehemaliger Stasi-Kinosaal

9.10. (Mo), 21.00 Uhr:

Open-Air-Lesung mit Peter Wensierski an Originalschauplätzen der Friedlichen Revolution; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Leipzig, Zugang zum Citytunnel, Haltestelle Markt (Untergrundmessehaus), bei Regen findet die Veranstaltung im ehemaligen Stasi-Kinosaal statt

10.10. (Di), 18.00 Uhr:

Wem gehört der Osten? Rote Barone und Agrarkonzerne auf dem Land; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

17.10. (Di), 18.00 Uhr:

„Notre Dame“, Buchlesung, Autor Ulrich Schacht (Schweden) liest aus seinem 2017 erschienen Roman; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30



17.10. (Di), 18.00 Uhr:

Der lange Schatten des roten Oktober, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

17.10. (Di), 18.00 Uhr:

The Soviet Union: Science, Technology and Modernity, Ref. Prof. Dr. David Holloway, Stanford University, in englischer Sprache; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“; Ort: Centre Marc Bloch, Friedrichstr. 191, 10117 Berlin

18.10. (Mi), 19.00 Uhr:

Podiumsdiskussion zur Ausstellung **„Repression, Protest, Revolution – Die friedliche Revolution in der DDR und der kurze syrische Frühling 2011“**; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

19.10. (Do) – 20.10. (Fr):

„Der lange Schatten des Kommunismus – 100 Jahre Oktoberrevolution und das kommunistische Erbe Europas“; Konferenz der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung unter: Mail heike.tuschscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 884 12-254

26.10. (Do), 19.00 Uhr:

„Heißes Herz, kühler Kopf, saubere Hände...“ – Korruption und Verfall in der Stasi, Impulsreferat v. Dr. Klaus Bästlein, Historiker u. Jurist Berliner LStU, Diskussion mit Jan Eik, Schriftsteller, Berlin, Prof. Dr. Bernd Stöver, Historiker Universität Potsdam, Dr. Klaus Bästlein; Mod. Gerald Endres, Dokumentarfilmer Klein-Machnow; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Was war die Stasi? Funktion, Tätigkeit u. Bedeutung“; Ort: Rathaus Mitte, Robert-Havemann-Saal, Karl-Marx-Allee 31, Berlin-Mitte

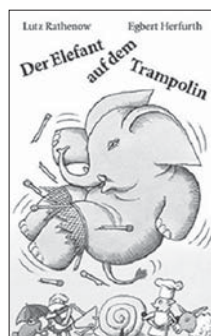
1.11. (Mi), 18.00 Uhr:

„Der Kommunismus in seinem Zeitalter“, Ausstellungseröffnung mit Dr. Ulrich Mählert, Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit bei der Bundesstiftung Aufarbeitung; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Eine nicht ganz einfache Konfrontation mit „Gedichten zum Größerwerden“ von Lutz Rathenow (Autor) und Egbert Herfurth (Illustrator) oder

Der Elefant auf dem Trampolin...

... der auch gerne mal im Porzellanladen zugange ist, der Elefant, wegen



Lutz Rathenow, Egbert Herfurth: *Der Elefant auf dem Trampolin*, Leipziger Kinderbuchverlag, 88 S., 12,90 €

– wie u.a. „Ein Eisbär aus Apolda“ – hat er sich abermals etwas ausgedacht, und wieder mit einem putzigen Titel, mit sonderbaren Versen, die Egbert Herfurth mit witzigen bunten Bildern versehen hat. Es ist aber nicht nur ein Kinderbuch, sondern eine Art Fibel für kleine und große Menschen, auch wenn das Titelbild eigentlich ein Kinderbuch impliziert, mit dem hüpfenden, dicken, rosa Elefanten. Die Gedichte sind skurril und haben jede Menge Hintersinn.

Wer die Seiten und Zeilen nicht bloß konsumiert und gedankenlos wegrattert, sondern mal den Sinn im Unsinn sucht, z.B. bei Frank, der krank auf einer Bank im Schrank – etwa im Knast? – aushält oder so, der kann schon etwas grübeln. Und wenn Rathenow auf Seite 47 über Schwerkraft sinniert und Atemnot, dann könnte der „große“ Leser auch auf eine DDR-Dissidentenvergangenheit kommen.

Rathenow ist ein Wörterfänger, informiert der Klappentext, Herfurth ein Bilderfänger. Wie wahr. Und für den Kaufpreis gibt's viel zum Sinnieren und Schauen. Eine Kernaussage: „Das Lachen allein würde nicht glücklich sein.“ Alles klar? Das Buch kann man gut als Mitbringsel statt Blumen verschenken, wenn die Nachbarin zu Stollen und „Blümchenkaffee“ einlädt, meint

Sybille Krägel

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Willi Bünger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Maria Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred Baumhäckel, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Gerd Bötge, Wolfgang Klosa am 26. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

**Herzlich danken wir allen, die für
den STACHELDRAHT gespendet ha-
ben**

Rosemarie Badock, Adrianus Berkhout,
Matthias Birke, Sybille Ebel, Gertraud
Engelskircher, Hans-Christoph Flade,
Alexander Grow, Roland Hasselberg, In-
geborg Haudel, Wolfgang Hirth, Gerhard
Knorr, Günther Köllensperger, Kurt Kug-
ler, Jutta Kunstmann, Kurt Lange, Rein-
hard Lehmann, Johannes Lindner, Jürgen
Lorenz, Gerd Lukoschus, Bernd Matern,
Fritz Mathei, Günter Müller-Hellwig,
Horst Opitz, Rainer Opitz, Antje Pelz, Eike
Christine Radewahn, Ute Rast, Roland
Schmiedicke, Kurt Scholz, Horst Schultz,
Udo u. Ursula Schulz, Kristin Seidel, Man-
fred Smala, Gabriele Streckfuß, Martin
Taatz, Gerhard Täuber, Dieter Wagner,
Gerda Weisheit, Christa Weiske, Helmut
Zock

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Freiheit ist ein Kaugummibegriff
geworden – an jedem Schlagbaum
versteht man etwas anderes
darunter.

Oskar Kokoschka

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunisti- scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. September 2017

